

Niederdeutsche Stimmen

Niedersächsische Rundschau

DER
WETTER-
HAHN
KRÄHT:



Der Landesvater
gibt sich bieder
und legt in Loccum
Kränze nieder.

DIE AKTUELLE ZEITUNG DER CDU IN NIEDERSACHSEN

10. Jahrgang / Nr. 7

Hannover, 1. April 1955

Einzelpreis 30 Pf.

Dr. Werner Hofmeister MdL:

Erfüllte Kopf sein Programm?

Auf dem Landesparteitag der CDU in Niedersachsen am 20. März in Lüneburg hielt Staatsminister a. D. Dr. Werner Hofmeister, der von allen anerkannte Oppositionsführer der letzten vier Jahre im niedersächsischen Landtag ein weithin beachtetes Referat, in dem er u. a. ausführte: „Zum Schluß der Wahlperiode des am 6. Mai 1951 gewählten Landtags ist es gerechtfertigt, die Politik der Landesregierung an Hand der Erklärung des Ministerpräsidenten, die er am 13. Juni 1951 vor dem Landtag abgegeben hat, kritisch zu betrachten. Hierzu ist in der Tat reichlicher Anlaß vorhanden.“

Die am 13. Juni 1951 gebildete SPD-BHE-Koalition wollte nach der Regierungserklärung der Ausdruck eines festen Willens zum Schutz der Demokratie und der sozial Schwachen sein mit dem Ziel der inneren Befriedung und der gerechten Verteilung der Kriegsfolgelasten, mit dem Kampf gegen Arbeitslosigkeit für Erhöhung der Wirtschaftskapazität, für sozialen Ausgleich, Vollbeschäftigung, Eingliederung der Heimatvertriebenen, Neusiedlung, Bevölkerungsausgleich, Sparsamkeit der öffentlichen Hand, Abbau der Verwaltung durch entbehrliche Aufgabengebiete, Stärkung der Selbstverwaltung, Vereinheitlichung des Schulwesens, weitgehende Lern- und Lehrmittelfreiheit — unter der Devise: „Arbeiten und Sparen“.

Daneben verkündete man, daß die Auswahl der öffentlichen Bediensteten ausschließlich nach Leistung und Charakter des Bewerbers erfolgen sollte.

Nach vierjähriger Tätigkeit der maßgeblich von der SPD beeinflussten Landesregierung ist festzustellen, daß, soweit diese entsprechend der Regierungserklärung allgemeine wirtschafts-, sozial-, arbeitsmarkt- und vertriebenenpolitische Probleme umfaßte, es in der Tat gelungen ist, den Lebensstandard der Bevölkerung zu heben, die Arbeitslosigkeit fast zu beseitigen, die Heimatvertriebenen umzusiedeln usw. usw.

Das Verdienst an diesem Erfolg kommt aber nur in ganz kleinem Umfange der Landesregierung zu, auch wenn es von dieser voll in Anspruch genommen wird. Trotzdem diese Landesregierung von Anfang an entscheidenden Wert darauf gelegt hat, ein denkbar schlechtes Verhältnis zur Bundesregierung zu unterhalten, hat das Land Niedersachsen ebenfalls an dem in der gesamten Bundesrepublik zu verzeichnenden Aufstieg teilgenommen. Die Bevölkerung hat dies anlässlich der Bundestagswahl am 6. September 1953 auch erkannt und demgemäß gewählt. An anderer Stelle dieser Zeitung ist erkenntlich gemacht, in welchem Ausmaß der Bund auf allen Gebieten die Mittel zur Verfügung gestellt hat — selbstlos und ohne Rücksicht darauf, daß die Landesregierung sich sowohl im Bundesrat als auch im Auftreten ihrer Mitglieder in der Öffentlichkeit sich in dauernden Gegensatz zur Bundespolitik gestellt hat.

Die maßgebliche Beteiligung der SPD an der Regierung kam schon dadurch zum Ausdruck, daß sie die Mehrzahl der sog. klassischen Ministerien besetzte und beherrschte, nämlich Finanzen, Inneres, Kultus und Soziales. Der BHE mußte sich mit dem Landwirtschafts-, Wirtschafts- und Vertriebenenressorts begnügen. Im übrigen sorgte die von Jahr zu Jahr fortschreitende Koalitionsdisziplin dafür, daß eine irgendwie geartete Selbstständigkeit des BHE nicht mehr in Erscheinung trat. Regelmäßig genügte die Erfüllung von Unterbringungsfordernungen mit der Opposition abzubrechen oder solche gar nicht erst anzubahnen.

Soweit in der Regierungserklärung von der Verwaltung im allgemeinen und der Selbstverwaltung im besonderen gesprochen worden ist, kann nur festgestellt werden, daß auf diesen Gebieten (glücklicherweise) nur wenig geschehen ist. Es hätte der Landesregierung ein vordringliches Anliegen sein müssen, das Staatsbewußtsein der Bevölkerung zu wecken und zu fördern, wobei im Vordergrund wiederum hätte stehen müssen, den Ausgleich

Hannovers zu den Landesteilen Oldenburg und Braunschweig zu finden. In dieser Beziehung ist nichts erfolgt, zumindest was die

Oeffentlichkeit interessiert hätte. Noch immer sind die 1946 gegebenen und 1951 wiederholten Versprechungen des Ministerpräsidenten unerfüllt. Es kann daher nicht Wunder nehmen, daß die Bestrebungen nach Selbstständigkeit immer neue Nahrung erhalten, noch dazu wenn seitens eines einzelnen Ministers offen und ohne Zurückweisung zum Ausdruck gebracht werden kann, daß es sich bei den in der Verfassung verankerten Vorbehaltsrechten der früheren Länder um Vorschriften minderen Rechts handele.

Die Landesregierung hatte Anfang 1952 den Versuch unternommen, das Gemeindeverfassungsrecht neu zu regeln. Das Ansehen, das der vorgelegte Entwurf, der nach Auffassung der CDU noch nicht einmal schlecht war, bei den Koalitionsparteien genoß, war so gering, daß diese von sich aus einen völlig anders gearteten Entwurf einbrachten. Dieser anomale Zustand konnte weder den Ministerpräsidenten noch den Innenminister veranlassen, eine Konsequenz zu ziehen — auch nicht die, für die Konzeption des kollegialen Gemeindevorstandes in der Öffentlichkeit einzutreten. Trotzdem wurde erst Anfang 1955 die sog. modifizierte Ratsverfassung verabschiedet und auch hierbei unterließ es die Landesregierung, von dem ihr verfassungsmäßig zustehenden Einspruchsrecht Gebrauch zu machen, was sie hätte tun müssen, wenn es ihr 1952 mit ihrem Entwurf Ernst gewesen wäre. Infolge der Schwierigkeiten, die das Schicksal der Beratungen der Gemeindeordnung begleiteten, kann es nicht Wunder nehmen, daß die Landesregierung sich an die Probleme des Kreisverfassungsrechts überhaupt nicht herangewagt hat. Auch sonstige Maßnahmen auf dem Gebiete der Verwaltungsreform sind nicht getroffen, obwohl oftmals angekündigt. Ein Antrag der Opposition auf Einsetzung eines dem Parlament verantwortlichen Sparkommissars ist nicht bearbeitet worden.

Hinsichtlich der Stärkung der Selbstverwaltung im übrigen hat sich über die Jahre ein völlig unzureichender Finanzausgleich durchgeschleppt. Zwar ist 1954 der Steuerverbund eingeführt, ohne daß in diesem die Zuschüsse aus dem Länderfinanzausgleich erhalten wären. Da im gleichen Zeitpunkt auch das Schulverwaltungsgesetz nach übereilter Beratung und Beschlußfassung in Kraft trat, mußte das eintreten, was die Zweifler immer schon befürchtet hatten: der Staat nahm mit der einen Hand, was er mit der anderen Hand angeblich gegeben hatte! Der Finanzminister konnte ohne Kontrolle durch Nachtragshalte jahrelang über unzählige Millionen im Wege außer- und überplanmäßiger Ausgaben verfügen. Das Steueraufkommen war nämlich regelmäßig zu niedrig geschätzt worden. Wiederholt war auch ersichtlich, daß noch so begründete Anträge der Opposition erst niedergestimmt, zu einem späteren Zeitpunkt aber von der Mehrheit wiederaufgenommen und verwirklicht wurden.

Vom Standpunkt sozialdemokratischer Kultur- und Schulpolitik trifft es zu, daß wesentliche Teile der Regierungserklärung erfüllt worden sind. Das Schulverwaltungsgesetz ist am 1. April 1954, das Gesetz über das öffentliche Schulwesen ist am 1. Oktober 1954 in Kraft getreten. Dazu tritt die Einführung der Schulgeldfreiheit und die beabsichtigte Einführung der Lehr- und Lernmittelfreiheit. Damit ist in der Tat das Schulwesen planmäßig vereinheitlicht. Diese Vereinheitlichung hat aber vor dem verfassungsmäßig verankerten Schulcharakter im früheren Lande Oldenburg Halt machen müssen. Insofern sind also die Wünsche der SPD nicht verwirklicht, auch nicht darin, an und für sich eine Gemeinschaftsschule mit lediglich angehängtem Religionsunterricht angestrebt zu haben. Erst die Zukunft wird erweisen können, ob bei der Durchführung der Schule ihr gesetzlicher Charakter als einer christlichen Schule erhalten bleibt. Die allgemeine Schulgeldfreiheit wird stufenweise durchgeführt. Der Landeshaushalt verzichtet auf die entsprechenden Einnahmen, obwohl unbestritten ist, daß diese nach wie vor für Neu- und Umbauten an öffentlichen Schulen erforderlich wären. Es wäre überdies unerlässlich gewesen, zum gleichen Zeitpunkt auch Bestimmungen über den wirtschaftlichen Bestand der Privatschulen zu treffen. Weder

Die CDU zur Landtagswahl

Die niedersächsische Bevölkerung wird am 24. April zur Wahl eines neuen Landtages aufgerufen. Niedersachsen wurde vier Jahre lang von einer SPD-BHE-Koalition regiert, die an den Erfolgen der Außenpolitik des Bundeskanzlers und der sozialen Marktwirtschaft der Bundesregierung teil hatte, ohne bereit zu sein, diese Politik im Bundesrat zu unterstützen. Die niedersächsische Regierung hat vielmehr der Bundespolitik bis in die letzten Tage hinein zum Schaden des Landes Schwierigkeiten zu machen versucht, wo immer sie konnte. Eine Kette von Skandalen hat zusätzlich das Ansehen der niedersächsischen SPD-BHE-Regierung aufs schwerste erschüttert.

In dieser Stunde tritt die CDU vor die Bevölkerung des Landes Niedersachsen mit der Aufforderung, ihr das im Jahr 1953 bei der Bundestagswahl bewiesene Vertrauen zu bestätigen. Nur so wird der Weg frei für eine bessere Landesregierung. Diese muß eng mit der Bundesregierung zusammenarbeiten, um die besonderen Schwierigkeiten unseres Zonengrenzlandes zu überwinden. Nur dann wird Niedersachsen auch die Aufgaben meistern können, die ihm am Tage der deutschen Wiedervereinigung gestellt werden.

Ziel der Arbeit der CDU in Niedersachsen ist:

Ein STAAT, der durch ein sauberes und pflichtbewußtes Beamtentum die Achtung und Mitarbeit seiner Mitbürger verdient,

eine SELBSTVERWALTUNG, die durch einen gesunden Finanzausgleich und bessere Kommunalgesetze in die Lage versetzt wird, die Aufgaben selbstverantwortlich zu erfüllen, die ihr gestellt sind,

eine LANDWIRTSCHAFT, der die Möglichkeit zur Mechanisierung und Rationalisierung durch eine gesunde Marktdordnung im Interesse der Ernährung unserer Bevölkerung gegeben wird,

eine ARBEITERSCHAFT, die gemeinsam mit den Unternehmern die Leistungen der sozialen Marktwirtschaft zum Wohle aller weiter steigert und damit die Arbeitsplätze auf Dauer sichert,

ein MITTELSTAND, der in erfolgreichem Schaffen seine Aufgaben als Hort der Freiheit und Unabhängigkeit erfüllen kann,

eine JUGEND, die im Geiste christlicher Verantwortung heranwächst,

und eine BEVÖLKERUNG, die in vertrauensvoller Zusammenarbeit der Einheimischen, der Vertriebenen und der Flüchtlinge im Frieden die Wohlfahrt des Landes mehrt.

Frieden und Wohlfahrt aber bedürfen in einer Welt des kalten Krieges des Schutzes durch ein Bündnis aller freien Völker. Dazu muß auch das deutsche Volk seinen angemessenen Beitrag leisten.

Wer diese Ziele bejaht, gebe der CDU in Niedersachsen am 24. April seine Stimme.

(Fortsetzung Seite 5)

Dr. Max Carsten:

Der Mann im Hintergrund

Der Verfasser der soeben erschienenen Schrift „Koexistenz — von Lenin bis Chruschtschew“ beantwortet die Frage nach der politischen Zielsetzung der neuen Macht, aber in Moskau.

Der letzte Staatsstreich hat in Moskau einen Mann an die Spitze der Machtpyramide gebracht, dessen Kommen sich schon seit Monaten immer deutlicher angekündigt hat. Der berühmte „Eiserne Vorhang“ hat soviel Löcher, daß ein aufmerksamer Beobachter selbst die internen Entwicklungstendenzen und die Imponderabilien der Politik ziemlich genau verfolgen kann. Es ist bezeichnend genug, daß die sogenannten „Abgeordneten“ des Obersten Sowjets gänzlich überrascht wurden — nicht aber die ausländischen Diplomaten und Korrespondenten.

Chruschtschew's coup d'état war ein veritable Staatsstreich, spezifisch russisch-sowjetischer Art — das widerwärtige Schauspiel eines sich selbst in Dostojewskischer Art bespiegelnden „Ministerpräsidenten“, dem die Nagan-Pistole bereits im Nacken sitzt und eines uferlos-expansiven Triumphators, der sich nicht an hohen Idealen begeistert, sondern an einer Zukunftsstatistik der Futtergetreideproduktion und Schweinezucht beirrt.

Chruschtschew ist ohne Zweifel ein aktiver, energischer und brutaler Mann mit einer ungewöhnlichen Gabe des Redens. Er hat etwas von dem Diktator à la Hitler an sich, eine Mischung von Manager und Demagoge. Seine Formulierungen treffen oft ins Schwarze. So z. B., wenn er in seiner berühmten Rede auf der entscheidenden Sitzung des Zentralkomitees der Partei am 25. Januar dagegen wettete, daß mehr als ein Fünftel aller von den Bauern gelieferten Schweine nur ein Lebendgewicht von 30 kg erreichten. „Ist denn das überhaupt ein Schwein?“ rief er wütend, „Nein, das ist kein Schwein — sondern eine Schweinerei!“

Neun Zehntel seiner Rede sind dieser „Schweinerei“ in der sowjetischen Landwirtschaft gewidmet. Wenn das, was er schilderte, wahr ist — und warum sollte man daran zweifeln? — so ist allerdings die sowjetische Landwirtschaft ein einziges Desaster. Nur ein Beispiel: Die Erzeugung an Futtergetreide muß nach Chruschtschew im Jahre 1960 65 Mill. to erreichen bei einer geplanten Gesamtgetreideernte von rd. 160 Mill. to, d. h. also Futtergetreide = 40 Proz. der Getreideernte. Letztes Jahr erreichte die Gesamternte rd. 100 Mill. to, davon Futtergetreide — laut Chruschtschew — ganze 12 Mill. to, = 12 Prozent. Bei 12 Mill. to Futtergetreide muß das Vieh in der Sowjetunion nicht nur hungern, sondern zum erheblichen Teil verhungern. Was Wunder, daß es kein Fleisch gibt, nicht jedenfalls für die „Werkstätigen“.

Das soll — bis 1960 — alles ganz anders werden (am 8. August 1953 versprach dasselbe der jetzt beiseitegeschobene Malenkow schon für 1955/56). Ein lobenswertes Ziel, könnte man sagen. Nun kommt aber etwas sehr Merkwürdiges. Um dieses Ziel zu erreichen, fordert Chruschtschew nicht etwa entsprechende Maßnahmen, wie z. B. Investitionen in der Landwirtschaft, Umlenkung der Arbeitskräfte von den „Großbauten des Kommunismus“ auf die verödeten Felder, sondern er fordert — den Ausbau der Schwer-

industrie. Das ist etwa dasselbe, als würde Erhard die Viehzucht in Schleswig-Holstein dadurch fördern wollen, daß er Kredite an die Ruhr-Industrie vergibt. Ausdrücklich sagt Chruschtschew, daß die Landwirtschaft keine Kredite und keine Arbeitskräfte bekommen könne, weil der Staat dazu „außerstande“ sei. Ein sehr interessantes Eingeständnis.

Der erste Eindruck von dem, was Chruschtschew eigentlich beabsichtigt, ist also durchaus zwiespältig. Er macht den Eindruck eines Mannes, der nach zwei Seiten gleichzeitig jagen will: nach Schweinen und nach Maschinen. Was unter „Maschinen“ zu verstehen ist, ist ganz eindeutig: die „Maschinen“, die Chruschtschew meint, sind Kriegsmaschinen oder „Kriegstechnik“, wie die Sowjets sagen. Die Rüstungsindustrie war seit jeher terminologisch und statistisch ein Teil des „Maschinenbaus“.

Das logische salto-mortale Chruschtschews ist nunmehr klar. Er ist gar nicht einfältig und will gar nicht die Schwerindustrie im Dienste der Landwirtschaft ausbauen. Er will vielmehr von neuem und noch weit stärker als bisher Waffen aller Art produzieren und muß daher gleichzeitig die notdürftigsten Maßnahmen zur Hebung der

Landwirtschaft durchführen — weil sonst die Arbeiter zwar noch mehr zu arbeiten, aber weniger zu essen haben werden.

Wer steht jedoch im Hintergrund dieser Moskauer Ereignisse? Der Mann heißt Schukow. Er repräsentiert das Militär, das Kanonen wünscht und einigermaßen satte Soldaten. Der Plan der Neu- und Brachlandgewinnung jenseits des Urals entsprang nicht dem Kopfe des Parteisekretärs Chruschtschew, sondern den Ueberlegungen der Militärs, die Vordringlichkeit der Forcierung der Schwerindustrie ebenfalls.

Daß Chruschtschew an die Spitze trat und Marschall-Kommissar Bulganin Malenkow ablöste, ist nur eine optische Bestätigung der längst innerpolitisch wirksamen Kräfte. Marschall Schukows Ernennung zum Minister, das ist die eigentliche Sensation. Schukow ist der Mann, der Berlin erobert hat. Das wurde, sicherlich nicht ohne Absicht, nach Bekanntgabe seiner Ernennung kräftig unterstrichen. Die Moskauer Regierungsumbildung klappte in der Regie wie am Schnürchen. Zeitpunkt, agierende Personen und der Tenor ihrer Erklärungen, ein wohlabgewogenes Gemisch von Atombombengerassel und „friedlichen“ Perspektiven sollen den Westen beeindruckten und die Einigung des Westens zu stören versuchen.

Landesparteitag 1955

„Sensationen wird es nicht geben. Wir fechten auf unseren Parteitag keine Richtungskämpfe aus — das überlassen wir anderen Parteien“: dies Wort des präsidierenden Vorsitzenden der CDU in Niedersachsen, Oberkirchenrat MdB Cillien, stand am Anfang, und der Tagungsverlauf bewies die Richtigkeit dieser Feststellung.

„Niedersachsen muß wieder in Ordnung kommen!“ — diese Forderung stellte Staatsminister a. D. Dr. Fricke über den Wahlkampf in Niedersachsen und gab damit die denkbar klarste und einfachste Zielsetzung unserer Landespolitik.

„Wenn wir nicht unsere Freiheit verteidigen wollen, dann verlieren die 18 Millionen Deutsche hinter dem Eisernen Vorhang den letzten Hoffnungsschimmer auf Wiedererringung ihrer Freiheit. Wir wollen an der Freiheit nie verzweifeln“ — mit diesem Bekenntnis zum Weg des Bundeskanzlers schloß der Vorsitzende des Außenpolitischen Ausschusses des Bundestages, Kurt Georg Kiesinger, die Großkundgebung nach dem Parteitag.

Sensationen gab es nicht. Es wird sie weiter bei anderen Parteien geben.

Politik und Jugend

Vom 3. bis 7. März fand in Bonn-Duisdorf ein politisches Bildungsseminar für Abiturienten und Oberschüler statt, das von 95 Teilnehmern aus dem ganzen Bundesgebiet und Westberlin besucht wurde. Namhafte Referenten aus Politik, Verwaltung und Schulwesen sprachen über aktuelle Fragen der Politik, sowie über das grundsätzliche Verhältnis des jungen Menschen, insbesondere des angehenden Akademikers, zur Politik.

Bundestagsabgeordneter Sabaß (CDU) empfing am Sonntag die Teilnehmer im Bundeshaus und diskutierte mit ihnen über Wesen, Aufgabe und Arbeitsweise des Parlamentes. Zum Abschluß des Seminars wurde von den Anwesenden ein Politischer Arbeitskreis Oberschulen gegründet. Dieser hat sich die Aufgabe gestellt, in regelmäßigen Abständen ähnliche politische Bildungsseminare

durchzuführen und politisch bildende Literatur unter den Oberschülern zu verteilen. Ein besonderes Anliegen des Arbeitskreises ist es ferner, den Abiturienten eine Einführung in das studentische und Hochschulleben zu geben.

In der Präambel der Satzung bekennt sich der Arbeitskreis zur Wiedervereinigung Deutschlands in Frieden und Freiheit und zu einem auf der Grundlage des Christentums und der Demokratie geeinten Europa.

Zum kommissarischen Bundesvorsitzenden wurde Winfried Fedel, Mannheim, zu Stellvertretern Ingrid Rother, Münster, Franz Preuschhoff, Seligenstadt, Alfred Fischer, Berlin, und Klaus Dietrich, Berlin, gewählt. Sitz des Arbeitskreises ist Bonn, Nassestraße 2. Die Tätigkeit des Arbeitskreises geschieht in lokalen und Schulkomitees.

BLEIBEN SIE IM BILDE

Das Pariser Vertragswerk hat erwartungsgemäß den Bundesrat passiert. Damit ist erneut die Stabilität der politischen Verhältnisse in der Bundesrepublik erwiesen. Die Außenpolitik der Bundesregierung stützt sich nicht nur im Bundestag, sondern auch draußen in den Ländern auf eine klare Mehrheit. Auch die mit riesigem Aufwand durchgeführte Agitation der SPD hat sie nicht beeinträchtigen, geschweige denn erschüttern können.

Dies kommt allein schon in der einmütigen Zustimmung des Bundesrates zu der Entscheidung über gesamtdeutsche Politik zum Ausdruck. Es ist dieselbe Entscheidung, zu der sich auch der Bundestag bekannt hat. Der Weltöffentlichkeit wird damit nochmals demonstriert, daß es in dieser Frage in ganz Deutschland nur einen Willen gibt. Das oberste Ziel aller deutschen Politiker ist und bleibt die Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit. Es war gut, daß dies in dieser entscheidenden Stunde noch einmal mit solcher Klarheit und Entschiedenheit zum Ausdruck gebracht wurde.

Im Bundesrat ist aber noch mehr geschehen. Es wurde einstimmig eine Entscheidung angenommen, in der festgestellt wird, daß das Saarabkommen „nicht die Zugehörigkeit des Saargebietes zu Deutschland in den Grenzen von 1937 und der Bevölkerung dieses Gebietes zum Deutschen Volk nicht berührt“, und daß die Freiheitsrechte unter dem Statut sicherstellen, „daß sich die Bevölkerung an der Saar frei zu Deutschland bekennen und für den Friedensvertrag ihren Verbleib bei Deutschland fordern kann.“

Diese Einmütigkeit wäre noch eindruckvoller gewesen, wenn nicht ausgerechnet Niedersachsen und natürlich auch Hessen gegen die Verträge gestimmt hätten. Aber darüber wird — auch auf Wunsch der SPD — noch in Niedersachsen bei der Landtagswahl einiges zu sagen sein.

Die Bonner Anekdote:

Von echtem Schrot und Korn

Ein Mitarbeiter, der dafür bekannt ist, einem kleinen Tropfen nicht abgeneigt zu sein, wird dem Kanzler empfohlen. Als der Kanzler darauf den Kopf wiegt, sagt der Referent: „Er ist aber ein Mann von echtem Schrot und Korn.“ Darauf lächelt der Alte: „Dat mit dem Schrot läßt man sich ja gefallen, aber dat mit dem Korn, dat sollte er lieber bleiben lassen.“

General von Lettow-Vorbeck:

Afrika, wie ich es wiedersah!

„Als ich mit einer Pinasse an Land fuhr und den Zoll passierte, standen da einige stramme Schwarze. Als ich den einen fragte: „Askari daitschi ja Zamani?“ (alter deutscher Askari?) antwortete er stolz: „Ndio, 16. Feldkompanie!“ Die Leute sehen trotz allem den deutschen Askari doch immer noch als etwas Besonderes an, als den eigentlichen wirklich richtigen Soldaten. Im Laufe der Unterhaltung fragte er dann: „Wewe, jina lako?“ (und wie ist Dein Name?) Da sah ich ihn groß an und sagte: „Pumbafu, hujui Bano Obas jako ja Zamani?“ (Dummkopf, kennst Du Deinen alten Oberst nicht wieder?) Nie habe ich eine solche Veränderung bei einem Menschen gesehen. Die Augen traten heraus, Mund und Nase wurden aufgerissen, und dann warf er sich vor mir nieder, umfaßte meine Knie und war vor Freude nicht mehr zu bändigen.“

Dies ein kleiner eindrucksvoller Ausschnitt aus dem soeben erschienenen Buche von General von Lettow-Vorbeck, dem Verteidiger Deutsch-Ostafrikas im 1. Weltkrieg, über sein Wiedersehen mit Afrika nach über 30 Jahren. Seine Reise führte ihn nach einem Flug über den schwarzen Erdteil nach Südafrika und den ehemaligen Kolonien in Süd-

west- und Ostafrika, wo er die Stätten seiner ruhmreichen Tätigkeit als junger Kolonialoffizier und als Kommandierender der deutschen Streitkräfte, besuchte. Ueberall traf er Bekannte und Freunde; gibt es doch noch eine große Zahl alter Mitkämpfer, Weiße und Schwarze, die es sich nicht nehmen ließen, ihrem früheren Kommandeur die Hand zu schütteln. Aber auch ehemalige Feinde wollten den Mann kennen lernen, der ihnen einst so viel zu schaffen machte.

Das Buch gibt über diese persönlichen Begebenheiten hinaus ein anschauliches Bild vom heutigen Afrika.

Das in guter Ausstattung im Verlag J. F. Lehmann in München zum Preise von 4,80 DM herausgekommene Buch des alten Afrikaners erfreut vor allem durch seine klare, knappe Berichterstattung und das treffsichere Urteil auch über die Gesamtlage in der freien Welt. Er gibt wesentlich mehr als nur „anspruchsvolle Beobachtungen eines Touristen“, wie Lettow-Vorbeck bescheiden von diesem Buch selbst sagt, und wir möchten wohl wünschen, daß alle Berichtersteller immer so von der Sache her an die großen Fragen unserer Zeit herangehen, wie es dieser alte berühmte Mann in diesem Buch tut.

Platz-Angst



Geplatzt ist Erichs Volksbefragen
Nun will er wieder einmal klagen

Dr. Wuermeling sprach in Osnabrück:

Heime - nicht nur Wohnungseinheiten

„Nicht das seelenlose Kollektiv ist die Heimat des Menschen, sondern die in Gottes Ordnung erlebte und gelebte Familie“ erklärte Bundesfamilienminister Dr. W u e r m e l i n g auf einer Kundgebung in Osnabrück. Dr. W u e r m e l i n g streifte zu Beginn seines Referats die tiefgreifenden, durch Technik und Industrialisierung bedingten Strukturveränderungen der Familien schlechthin. Die Familie habe seither mehr und mehr ihre eigentliche Funktion verloren: für sich selbst verantwortliche Gemeinschaft zu sein. Auch als religiöse Heimstatt sei ihr durch diese Entwicklung viel von ihrer Wirksamkeit genommen worden. Die Zukunft des Volkes und des Einzelmenschen stehe und falle aber mit der Familie. Der Einengung ihres Lebensraumes müsse mit allen Kräften entgegengetreten werden. Durch eine wohnungsmäßige und wirtschaftliche Sicherung der Familie könne ihre Selbstbestimmung und Selbstverantwortung wieder vergrößert werden.

Dr. W u e r m e l i n g wies dann auf die Gefahren des in westeuropäischen Ländern feststellbaren Geburtenrückganges hin, während sich in den Ländern des Ostens und in anderen Kontinenten ein ständiger Bevölkerungsanstieg vollziehe. Der Ueberalterungsprozeß der westlichen Länder sei erschreckend. Es tauche schon die Gefahr auf, daß

in etlichen Jahrzehnten eine nur ungenügend arbeitsfähige Schicht vorhanden sei. Das viel geringere Sozialprodukt führe dann zwangsläufig zu einer allgemeinen Senkung des Lebensstandards. Der Minister unterstrich seine mahnenden Hinweise mit einigen Zahlen. Vor 50 Jahren kamen beispielsweise auf 1000 Einwohner 35,6 Geburten, während diese Zahl im Jahre 1953 auf 15,5 zurückging. Die Geburtenüberschüsse betragen pro 1000 der Bevölkerung: in Chile 22,9; in den USA 15,1; in Holland 14,1; in Indien 11,7; in Spanien 10,9; in Frankreich 5,8; in der Bundesrepublik 4,5 und in Oesterreich 2,6.

Die Lösung dieser Probleme könne nur vom einzelnen, nicht aber vom Kollektiv herkommen. Der Minister verwahrte sich gegen eine staatlich gelenkte Bevölkerungspolitik, die etwa gar den Familien die Zahl der Kinder vorschreibe. Aufgabe des Staates sei, die Hindernisse abzubauen, die der freien Entfaltung unserer Familien entgegenstünden.

Den Wohnungsbau, den der Minister als das A und O erfolgreicher Familienpolitik bezeichnete, betrachtete er vor allem unter dem Aspekt der Schaffung von Eigenheimen. Im Bundestag werde zur Zeit ein Familienheim-

gesetz beraten, das insbesondere die Belange kinderreicher Familien berücksichtige. Um Familien mit mehr als drei Kindern zu helfen, sollten Zusatzdarlehen von 1000 DM pro Kind gewährt werden. Die Eigenleistung reduziere sich im Verhältnis der gewährten Darlehen von 30 auf 20 oder 10 Prozent und sie könne womöglich gänzlich entfallen. In der Bundesrepublik seien für 1953 nur 20 Prozent der gesamten Bautätigkeit auf den Eigenheimbau entfallen. In den USA hingegen seien 90 Prozent der erstellten Wohnungen Eigenheime.

Auf das Kindergeldgesetz eingehend, sagte der Minister, die Familienpolitik sei nicht nur Fürsorge für „arme Leute“, sondern sie wolle allen sozialen Schichten gerecht werden. Es sei gut, daß die Zahlungen von Kindergeld auf berufsständischer Ebene erfolgten und nicht in Form von Unterstützungen des Staates. Diese Tatsache werde wahrscheinlich erst viel später in ihrer ganzen Bedeutung erfaßt werden. „Aber alle äußeren und wirtschaftlichen Maßnahmen können auf die Dauer nichts nützen, wenn unsere Familien innerlich nicht in Ordnung sind und die Ethik fehlt“, schloß der Minister sein umfassendes Referat.

Für die CDU kandidiert:

Wilhelm Pflüger jun.



Wilhelm Pflüger ist seit 1939 Teilhaber im väterlichen Holz- und Baustoffgeschäft in Wunstorf. Seine Lehrzeit verbrachte er in Cuxhaven. Dann war er zur weiteren Ausbildung in einem Sägewerksbetrieb mit angeschlossener Landwirtschaft in Ostpreußen tätig. Im Kriege war er zunächst Holzschverständiger beim Landesforstamt Posen und ab 1940 Soldat im Rußlandfeldzug. Nach Rückkehr aus der Gefangenschaft stellte sich Pflüger als Ratsherr der CDU und später auch als Kreistagsabgeordneter seinem Heimatkreis zur politischen Mitarbeit zur Verfügung.

So wird in Niedersachsen gefochten!

Die „Hannoversche Presse“, das Blatt der niedersächsischen Sozialdemokratie, befaßt sich in ihrer Ausgabe vom 18. März 1955 mit dem Emsland-Plan, der bekanntlich diesen Westteil Niedersachsens sowohl landschaftlich wie industriell aufschließt. Gestützt auf einen Rechenschaftsbericht des Wirtschaftsministers Ahrens (BHE) weiß die Zeitung zu melden, daß die Landesregierung in Hannover für den Emsland-Plan bisher 45 Millionen DM aufgewendet habe, und zwar 15,4 Millionen DM im Jahr 1951, 18,3 Millionen DM im Jahr 1952 und 21 Millionen DM im Jahr 1953. Im Jahr 1954 sei, so wird gesagt, etwa der gleiche Betrag wie 1953 für das Emsland ausgegeben worden.

Nach der Addition der „Hannoverschen Presse“ soll das 45 Millionen DM ergeben. Nach unserer Rechnung kämen allerdings 75 Millionen DM heraus. Aber wir wollen hier der sozialdemokratischen Presse keine Nachhilfestunde in Kopfrechnen erteilen, wir wollen nur ihr Gedächtnis überprüfen und natürlich auch das des Herrn Wirtschaftsministers. Es ist doch schließlich kein Geheimnis, daß die Förderung des Emslandes nicht nur vom Land Niedersachsen, sondern auch von der Bundesregierung betrieben wird. Warum wird das denn dem Volke verschwiegen? Glücklicherweise sind wir in der Lage, mit ganz genauen Ziffern zu dienen. Danach haben für das Emsland ausgegeben:

	Bund	Niedersachsen
1950	4 Mill. DM	—
1951	16,2 Mill. DM	15,4 Mill. DM
1952	26,2 Mill. DM	18,3 Mill. DM
1953	25,23 Mill. DM	21 Mill. DM
1954	25 Mill. DM	etwa 21 Mill. DM

„In Anbetracht des bedeutenden Verlustes für den Landeshaushalt hält es der Landesrechnungshof für angebracht, daß geklärt wird, ob und in welchem Umfange gegen Angehörige des Ministeriums Ansprüche auf Ersatz des entstandenen Schadens geltend gemacht werden können.“

(Der Landesrechnungshof über Minister Albertz).

Für die CDU kandidiert:

Hermann Müller

Am 2. April 1889 wurde ich als ältester Sohn des Vollmeiers Hermann Müller in der Wesermarsch geboren. Der Hof ist seit Anfang 1600 immer von einem Hermann Müller bewirtschaftet worden. 1919 übernahm ich den väterlichen Hof und heiratete. Von den mir nach dem letzten Kriege noch verbliebenen 2 Kindern, meine älteste Tochter ist im Kriege als Rote-Kreuz-Helferin gefallen, ist meine Tochter Aertzin und mein Sohn, 24 Jahre alt, im Betrieb als Landwirt tätig.



Ich bin seit 1946 Kreistagsmitglied, ein Jahr war ich auch Landrat. Mit der Gründung des Niedersächsischen Landvolkes erhielt ich den Kreisvorsitz des Großkreises Verden und den Bezirksvorsitz des Reg.-Bezirks Stade. Dazu habe ich Sitz und Stimme im Vorstand der vorigen Landwirtschaftskammer Hannover und der jetzigen Landwirtschaftskammer und im Vorstand des Niedersächsischen Landvolkes in Hannover. Nach dem Kriege wurde ich als erster Vorsitzender der Stader Herdbuch-Gesellschaft gewählt.

Intschede, den 17. März 1955.

Hermann Müller.

Die „treue Hand“ der Landesregierung

Vor dem 5. Parlamentarischen Untersuchungsausschuß des niedersächsischen Landtags, der sich mit den Millionenverlusten zu befassen hat, die die Niedersächsische Treuhandverwaltungs-GmbH (NTG) dem Lande verursacht hat, kam in der letzten öffentlichen Verhandlung ein Zeuge zu Wort, dessen Aussage dem Finanzminister Kubel (SPD) noch schwer zu schaffen machen dürfe. Nach des Ministers eigenem Wort war es die Aufgabe der NTG, sanierungsfähige Betriebe, die in Not geraten waren, aufzufangen, sie durch Kredite oder Beteiligungen zu sanieren und nach vollendetem Werk wieder zu reprivatieren.

Was geschah aber in der Praxis? Im Jahre 1952 geriet die Glashütte Papenburg in Not und damit in den Interessenkreis der NTG, die sich an der neuen Produktionsgesellschaft beteiligte. Der bisherige Inhaber behielt nur einen kleinen Geschäftsanteil und wurde Geschäftsführer der neuen Firma. Man wollte ihn aber bald ausbooten; wahrscheinlich war das von vornherein beabsichtigt gewesen. Es war, wie der erwähnte Zeuge aussagte, schwer, einen triftigen Grund zu finden. Schließlich kam man dahinter, daß der Geschäftsführer bei einem Autokauf vielleicht krumme Sachen gemacht hatte. Nun setzte man — nach der Aussage des Zeugen — bedenkenlos die Machtmittel des Staates ein. Man lief zur Steuerfahndung, zur Finanzdirektion in Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen, sogar zum Landesrechnungshof. Man stieß hier aber überall auf korrekte Beamte, die sich sträubten, ihre Schweigepflicht zu verletzen. So sagte der Zeuge aus, ohne zu merken, welche finstere Empörung sich des Ausschusses und der Zuhörerschaft zusehends bemächtigte. Ohne Scheu erzählte der Zeuge, wie man versuchte — später übrigens mit Erfolg — einen Miteigentümer, der bislang Alleineigentümer gewesen war, zu expropriieren und ihm den Stuhl vor die Tür zu setzen.

In dieser Weise also betätigte sich die „treue Hand“ des niedersächsischen Staates.

Ging es letzten Endes doch um die kalte Sozialisierung und war diese die geheime Aufgabe der NTG? Eine Organisation, die im Auftrag des Staates den in Not geratenen Betrieben helfen soll, also Dienerin des Staates ist, machte bedenkenlos von den Machtmitteln des Staates Gebrauch, um sich des Privateigentums zu bemächtigen. Das ist der nackte Tatbestand ohne höfliche Umschreibung!

Gute neue Bücher

Robert Ingrim:

Bündnis oder Krieg!

Verlag Neues Abendland, München. DM 4,90.

Wieder eine Schrift des politischen Romanciers, voller Esprit, schonungslos Schwächen zeigend, mit ironischen Antithesen überlegen spielend und dann auf Möglichkeiten zukünftiger Ordnung hinweisend. Robert Ingrim, der Amerikaner aus Österreich, der Anwalt des wirklichen Friedens, der Mahner der Vernunft und Gegner jeder Gewaltpolitik der Roosevelt und Morgenthau, ist Feuilletonist von Rang, politischer Kommentator und Historiker zugleich, der nur in weltpolitischen Zusammenhängen denkt und urteilt. Der Verzicht Frankreichs auf seine früheren Großmachtträume, die europäische Bekehrung Englands, die Zerteilung der Welt und die Notwendigkeit des „Großen Bündnisses“, das dem Westen die Freiheit sichert und das allein Deutschland die Wiedervereinigung ermöglichen kann, sind die Themen dieser neuen Schrift Rob. Ingrims, die er in ironischer Heiterkeit mit der Widmung versieht „Herrn Erich Ollenhauer, dem Vorsitzenden der SPD“. Diese Widmung steht wie ein Lächeln am Anfang der militanten Schrift, der wir breiteste Verbreitung in- und außerhalb Deutschlands wünschen, nicht zuletzt auch in den Partei- und Gewerkschaftsbüros der SPD und des DGB. — Nicht nur der Widmung willen. nd.

Wolkenkinder

Haben Sie auch schon einmal auf einer Sommerwiese gelegen, die Wolken betrachtet, und sich gewünscht, mit Ihnen auf die Reise zu gehen? Nora Scholly läßt uns in diesem Büchlein, das im Verlag Josef Müller, München, erschien, mit den Wolkenkindern bei Tag und Nacht durch die Jahreszeiten reisen.

DIE MOTORISIERTE

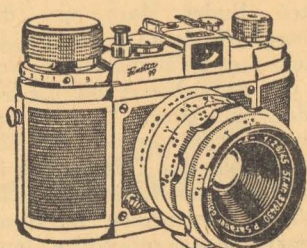
Finetta

DIE MOTORISIERTE

Finetta

DIE MOTORISIERTE

Finetta



24 x 36 mm

schon ab
DM 198.-

mit

- ▲ FEDERMOTOR FÜR EINZEL- UND SERIEN-AUFNAHMEN
- ▲ SCHLITZVERSCHLUSS bis 1/1000 Sek.
- ▲ SCHNELLWECHSEL-OBJEKTIVEN

Finetta - WERK · GOSLAR

für
AMATEUR
BERUF UND
WISSENSCHAFT

Was können wir für die Kriegsgefangenen tun?

Bischof D. Heckel sprach über das Kriegs- und Zivilgefangenen-Problem

Der Leiter des Evang. Hilfswerks für Internierte und Kriegsgefangene, Bischof D. Heckel-München, sprach kürzlich in Hannover. Unermeßlich, so sagte D. Heckel, sei die Not, die sich auch heute, zehn Jahre nach Abschluß des Krieges, mit der Frage nach unseren Kriegs- und Zivilgefangenen verbindet. Das Ev. Hilfswerk für Internierte und Zivilgefangene versucht seit Jahren, durch ständigen Brief- und Paketverkehr die Verbindung zu diesen Einsamen aufrecht zu erhalten.

Soweit sich aus dem Briefverkehr schließen läßt, befinden sich in Gewahrsam der westlichen Länder noch etwa 200 bis 300 Gefangene, deren Zahl jedoch durch die eingesetzten Schlichtungsausschüsse täglich abnimmt. Während aus Jugoslawien und Ungarn die zurückgehaltenen Deutschen jetzt fast sämtlich entlassen sind, ist die Verbindung zu den Gefangenen in der Tschechoslowakei erschwert. Der Paketsperre von 1953 ist im Juni 1954 eine Briefsperre gefolgt.

Der Versuch des Deutschen Roten Kreuzes, zu Weihnachten einige Pakete dorthin zu senden, blieb bis heute ohne Ergebnis. Die restlichen 1200 Gefangene in Polen dürfen nach den Berichten der Heimkehrer auf eine baldige Amnestie hoffen.

Groß ist die Zahl derer, die sich auch heute noch in den Lagern Sowjetrußlands aufhalten. Das Hilfswerk hat mit etwa 8000—10000 Kriegsgefangenen Verbindung. Weitere 5000 Zivilgefangene — ein großer Teil von ihnen sind Frauen — leben in den Lagern Sibiriens. Von ihnen dürfen nur 2500 schreiben.

Für die Heimat entsteht immer wieder die Frage, was wir für diese Gefangenen tun können. Bischof D. Heckel wies nachdrücklich auf alle Bemühungen der Bundesregierung, des Roten Kreuzes und der

Kirchen hin, und trat dabei der Behauptung entgegen, bei allen Verhandlungen mit der UdSSR sei kein konkretes Material dargereicht worden. Wenn die neue Regierung in Moskau für sich den Anspruch erhebe, realistisch zu sein, so könne sie nicht an dem Widerspruch der eigenen Ideologie zu den Grundregeln der menschlichen Humanität vorbeisuchen, wenn sie die Entlassung der Gefangenen in den politischen Kampf einbeziehe. Neben die amtlichen Bemühungen aber müsse, so unterstrich Bischof Heckel nachdrücklich, die Hilfe jedes Einzelnen treten. Wir dürfen nicht gleichgültig werden und vor der Frage kapitulieren, sondern müssen alle Kräfte der Tat und des Gebetes zusammenfassen, um zu helfen. Möchten wir, so sagte Bischof Heckel am Schluß, die Gaben unserer eigenen Freiheit als eine Aufgabe empfinden.

Für die CDU kandidiert in Alfeld.
Bäckermeister Otto Meier



Bäckermeister Otto Meier, Freden/Leine stammt aus einer alten Handwerkerfamilie. Seit 1940 Obermeister der Bäckereinnung des Kreises Alfeld. Nach 1945 kommunalpolitisch tätig u. a. als bestelltes Kreistagsmitglied, als Bürgermeister in Freden, Mitglied der CDU seit Oktober 1948, Ratsmitgliedschaft und gewählter Kreisverordneter. Sonstige Ämter: Kirchenvorsteher der evgl.-luth. Laurentiuskirche Kleinfreden, Mitglied der Meisterprüfungskommission für das Bäckerhandwerk, Aufsichtsrat des Bäckereinkaufs Hildesheim sowie der Genossenschaftsbank Freden. Vorstandsmitglied der Kreishandwerkerschaft Alfeld.

Kubel sozialisiert weiter

Die Fürstenberger Porzellanfabrik soll nicht reprivatisiert werden

Im Verlauf der öffentlichen Sitzungen des 5. Parlamentarischen Untersuchungsausschusses wurde wiederholt erklärt, daß die von der NTG sanierten Betriebe wieder reprivatisiert werden sollten, sobald sie sich erholt hätten. Diese Behauptungen müssen jedoch großer Skepsis begegnen, wenn man erfährt, wie die Muttergesellschaft der NTG, die Niedersachsen-GmbH, in der Praxis verfährt.

Die Niedersachsen-GmbH ist an einer Reihe von industriellen Betrieben beteiligt. So besitzt sie auch knapp 30 Prozent des Gesellschaftskapitals der Fürstenberger Porzellanfabrik. Daß der Staat nur dort wirtschaften soll, wo Probleme der allgemeinen Versorgung zu lösen sind, also bei Gas, Wasser, Strom, ist eine Ansicht, die mehr und mehr an Boden gewinnt. Daß der Staat seine Finger im übrigen aus der Wirtschaft herausziehen soll, ist eine Erkenntnis, die durch die niedersächsischen Finanzskandale seit 1950 erhärtet ist. Die Folge müßte sein, daß Staatsbetriebe oder Betriebe mit staatlicher Betei-

ligung schleunigst in Privathände übergeführt würden.

So dachte auch der Mehrheitsaktionär der Fürstenberger Porzellanfabrik, als er die Anfrage an Finanzminister Kubel richtete, ob der Anteil des Landes an der Fabrik zu angemessenen Tageswerten an den Kreis der übrigen Aktionäre veräußert werden würde, da es doch kaum eine wesentliche Aufgabe des Staates sei, Porzellan zu fabrizieren. Finanzminister Kubel aber lehnte es rundweg ab, die Anteile des Landes abzugeben. Er erklärte darüber hinaus im engeren Kreis, daß er ganz im Gegenteil jede Gelegenheit benutzen werde, um weitere Aktien der Fürstenberger Porzellanfabrik aufzukaufen und damit den Staatsbesitz an diesem Werk zu vergrößern. In niedersächsischen Wirtschaftskreisen hat man von dieser Art der „Reprivatisierung“ Kenntnis genommen und weiß nun, was wirklich von den sozialistischen Planwirtschaftlern beabsichtigt ist.

Für die CDU kandidiert in Hann.-Münden

Oberst a. D. Hans Oelze



Hans Oelze wurde als Sohn eines Zollbeamten in der Mark geboren. Er ging zunächst zur Schutzpolizei und dann als Berufsoffizier zur Reichswehr, zuletzt als Oberst und Regimentskommandeur. 1946 aus französischer Gefangenschaft entlassen, Hilfsarbeiter in einer Tischlerei, später Versicherungsvertreter und städtischer Schiedsmann in Hann.-Münden. Verheiratet, 3 Kinder.

Das Kultusministerium schweigt

Mit allem Nachdruck unterstützte Oberkonsistorialrat Dr. Schwarz vom Evangelischen Preßverband in Göttingen die Forderung der Synode der evangelischen Kirche in Espelkamp nach einer Anerkennung der Evangelischen Bibliotheksschule in Göttingen durch das Niedersächsische Kultusministerium, daß dieser Schule die staatliche Anerkennung trotz wiederholter Bitten schon seit 1946 vorenthalte. Die Evgl. Bibliotheksschule in Göttingen, 1947 vom Evangelischen Preßverband gegründet, ist die einzige evangelische Fachschule dieser Art in Deutsch-

land. Als Gegensatz zu dem Vorgehen des Niedersächsischen Kultusministeriums wird hervorgehoben, daß die 1946 in Bonn gegründete katholische Bibliotheksschule schon bei der Gründung ihre staatliche Anerkennung erhalten hat.

Dr. Schwarz betonte, daß es bei der Anerkennung nicht um irgendwelche Zuschüsse oder öffentliche Unterstützungen gehe. Die Evangelische Bibliotheksschule fordere lediglich die staatliche Anerkennung, damit ihre nach den Grundsätzen staatliche Bibliotheksschulen ausgebildeten Schülerinnen und Schüler unter den gleichen Bedingungen ihren Dienst aufnehmen könnten. Den Schülern sei bisher jede Vergünstigung vorenthalten worden. Bisher wurde immer wieder festgestellt, daß die Absolventen der Evangelischen Bibliotheksschule Göttingen nach dem Abschluß ihres Lehrganges zwar sofort kirchliche oder öffentliche Anstellungen erhalten, in ihrer tarifmäßigen Besoldung aber im allgemeinen hinter ihren Kollegen von staatlichen Bibliotheksschulen zurückstehen müssen. Als bedauerlich bezeichnete Dr. Schwarz, daß die letzte Bitte an das Kultusministerium vom August vorigen Jahres bis heute noch nicht beantwortet worden.

Die Wähler haben das Wort

(Fortsetzung von Seite 1)

der Kultusminister noch die hinter ihm stehende SPD hatte aber an einer gesetzlichen Regelung ein Interesse.

Was endlich die Personalpolitik der Landesregierung anlangt, so ist durch die Feststellungen im Minderheitsbereich des sog. Beyer-Ausschusses erwiesen, daß die Landesregierung sich nicht, wie in der Landesregierungserklärung verkündete, ausschließlich davon hat leiten lassen. Vielmehr sind, wie auch nicht anders zu erwarten war, in einer Unzahl von Fällen Einstellungen und Beförderungen von Beamten aus dem Grunde erfolgt, weil diese das Parteibuch der SPD, des BHE oder des Zentrums bereits im Besitz hatten oder zu erwerben gezwungen waren. In einer ausreichenden Zahl ist dabei auch festgestellt, daß ausgesprochene Mängel in Leistung und Charakter kein Hinderungsgrund für die parteipolitische Förderung gewesen sind. Natürlich mußte es auf die SPD besonders peinlich wirken, daß sich der von

ihr herausgestellte Ministerpräsident hatte vom SPD-Parteivorstand anschreiben lassen, auch bei der Besetzung hoher Richterstellen sozialdemokratische Gesichtspunkte anzuwenden. Nichts anderes wollten die damaligen Antragsteller unter Beweis stellen als die Behauptung, daß außerhalb der Landesregierung stehende Organisationen und Vereinigungen entscheidenden Einfluß auf deren Personalpolitik genommen hätten. Ob es sich dabei im einzelnen um Briefe hoher Parteidienststellen oder Gewerkschaftseinladungen an hohe Regierungsbeamte in Nachtlokale handelt, kann völlig gleichgültig sein. Die Öffentlichkeit hatte ein Anrecht darauf, darüber aufgeklärt zu werden, wie seitens der Landesregierung und der einzelnen Ministerien die in deren Hände gelegte Macht mißbraucht worden ist.

Die Wähler im Lande Niedersachsen sind aufgerufen, dieser maßgeblich von der SPD beeinflussten Regierungspolitik durch ihre Entscheidung am 24. April 1955 ein Ende zu bereiten.

Eine Landesregierung ohne Skandale!

Deshalb am 24. 4. 1955:

C D U

Rasch Künstler Tapeten
mit Entwürfen von

Renée Sintenis
Margret Hildebrand

Tea Ernst
Luzienne Day-London

Shinkichi Tajiri-Paris
Letizia Cerio-Capri

Bele Bachem

Fordern Sie die Bild-Broschüre „Wir leben zwischen Wänden“ von der Tapetenfabrik Reteh in Bramsche

Steiniger Boden für die Praxis der Selbstverwaltung

Ein kritisches Wort zur neuen niedersächsischen Gemeindeordnung von Rechtsanwalt Dr. Hans Beitzen-Hildesheim

Selten hat ein Gesetz schon bei seinem Inkrafttreten unter so beunruhigenden Vorzeichen gestanden, wie es bei der am 1. 4. 55 in Kraft tretenden neuen Niedersächsischen Gemeindeordnung der Fall ist. Dies Gesetz wurde, nachdem es jahrelang gründlich beraten war, und manche sehr brauchbare und zweckmäßige Anregung dafür vorlag, jetzt plötzlich (offenbar in Torschlußpanik der bevorstehenden niedersächsischen Landtagswahl) mit teilweise recht provisorisch vorgenommenen Änderungen durchgepeitscht und mit kuriosen Mehrheiten angenommen. Ein auf dem Gebiet des Kommunalwesens sehr erfahrener Abgeordneter der Opposition äußerte dazu, als er merkte, daß sich die Annahme des Gesetzes nicht mehr verhindern ließ, recht pessimistisch: „Nehmt das Gesetz man so schnell wie möglich an, damit es sich desto schneller als undurchführbar erweist.“

In Verbindung mit diesem Gesetz scheint übrigens eine Massenflucht von Oberstadtdirektoren und anderen höheren Kommunalbeamten aus Niedersachsen einzusetzen, wie der Fortgang des Oberstadtdirektors Bockelmann aus Lüneburg, des Oberstadtdirektors Dr. Sattler aus Hildesheim und des Kämmerers Muthling aus Hannover erweist. Schon aus alledem ergibt sich, daß schwerwiegende Bedenken gegen diese Gemeindeordnung bestehen müssen.

Mit guten Gemeindeordnungen waren wir in Deutschland in den letzten Jahrzehnten wirklich nicht gesegnet. Nachdem bis etwa 1935 in den verschiedenen Ländern und Provinzen ein sehr buntscheckiges Bild auf diesem Gebiet vorlag (es gab ca. 50 verschiedene Gemeinde-, Kreis- und Provinzialordnungen), wurde von der nationalsozialistischen Regierung einheitlich für das ganze Reich die „Deutsche Gemeindeordnung“ vom 30. 1. 35 geschaffen, die viele brauchbare Bestimmungen enthielt, aber mit der Selbstverwaltung der Gemeinden zugunsten des Führerprinzips restlos Schluß machte. Nach dem Zusammenbruch verfügte u. a. die britische Militärregierung mit Verordnung Nr. 21 vom 1. 4. 1946 im Rahmen der „Erziehung“ zur Demokratie eine gewisse Wiederherstellung der Selbstverwaltung, wobei sie jedoch (wie aus dem damaligen Besatzungssystem erklärlich) weitgehende Eingriffsmöglichkeiten vorbehielt. Man erwartete daher mit Recht, daß die nunmehr wieder zuständigen deutschen Stellen, also auch Regierung und Landtag in Niedersachsen, eine großzügige Wiederherstellung der Selbstverwaltung vornehmen würden.

Die neue Gemeindeordnung versucht denn auch, mit Superlativen diese ihre Absicht dar-

zutun: Daß die Gemeinde die Grundlage des demokratischen Staates sei, ihre Angelegenheiten „in eigener Verantwortung“ fördere, in ihrem Gebiet der „ausschließliche Träger der gesamten öffentlichen Aufgaben“ sei, daß ihr „neue Pflichten nur durch Gesetz unter gleichzeitiger Sicherstellung der dazu nötigen Mittel auferlegt werden könnten“, daß sich die Weisungen der Aufsichtsbehörden auf allgemeine Anordnungen beschränken müssen und nicht zur Regelung von Einzelfällen erlassen werden dürften, daß die Aufsicht des Landes die „Entschlußkraft und Verantwortungsfreiheit der Gemeinde nicht beeinträchtigen“ sollte, daß die Ratsherren „in der Freiheit ihrer Entschlüsse nicht beschränkt werden“ dürften, und daß der Rat in allen Angelegenheiten zu beschließen hätte. — Indessen sind das, wenn man sich das ganze Gesetz genau betrachtet, offensichtlich nur Potemkinsche Dörfer.

Hinsichtlich der inneren Gemeindeverfassung kennt man die verschiedensten Systeme. In unserer engeren Heimat war früher in den Städten meist die „Magistratsverfassung“ üblich, bei der die höheren Beamten der Stadt, insbesondere der damals beamtete Oberbürgermeister zusammen mit einem amtlich tätigen, gewählten Mannern aus der Bevölkerung unter gemeinsamer Verantwortung und Beschlußfassung die Verwaltung erledigten, während die von den Bürgern gewählten „Bürgervorsteher“ unter Vorsitz ihres „Worthalters“ über Haushaltsgestaltung und andere wichtige Angelegenheiten entschieden. In England hatte man dagegen eine Art „zweigleisiges System“ herausgearbeitet, bei der ein aus der Bevölkerung gewählter Rat mit seinem Vorsitzenden (dem sogenannten Bürgermeister oder Oberbürgermeister) die politischen Bestimmungen und Richtlinien trifft, während eine Anzahl festangestellter Berufsbeamter unter Leitung des (Ober-)Stadtdirektors nach den Weisungen dieses Rates, aber sonst selbständig und ohne Eingriffsmöglichkeit des Rates die eigentliche Verwaltung durchführt. Dies letztere System, durch das insbesondere garantiert werden soll, daß ein unpolitisches Beamtenamt sozusagen als ruhender Pol in der Erscheinung flucht und ungestört die Verwaltung durchführen soll, während der Rat in seiner politischen Zusammensetzung je nach Ausfall der periodischen Wahlen wechselt und naturgemäß unbeständig ist, wurde von der britischen Militärregierung in der schon genannten revidierten Deutschen Gemeindeordnung vom 1. 4. 1946 für die gesamte britische Zone, darunter auch für Niedersachsen, eingeführt und hat bis zum 31. 3. 1955 hier Geltung.

Spitzenvereinigungen die Landesregierung und die Landtagsmehrheit zu dieser Regelung? Es ist ein offenes Geheimnis, daß das geschah, weil im Landtag eine ganze Reihe von Oberbürgermeistern und Landräten (man spricht sogar von der „Fraktion der Oberbürgermeister und Landräte“) aus irgend einem falsch verstandenen Ehrgeiz oder einem sonstigen Machtstreben heraus eine dominierende Stellung des Oberbürgermeisters bzw. des Rates gegenüber dem Oberstadtdirektor wünschten, und daß die nunmehr im Gesetz zum Niederschlag gekommene Regelung diesen Wünschen weitgehende Rechnung trug, um die notwendige Mehrheit für das ganze Gesetz herauszubekommen. Das muß um so mehr verwundern, weil man mit einem ähnlichen, rein politischen „Verwaltungsausschuß“, nämlich dem Polizeiausschuß alter Art, noch vor einiger Zeit so trübe Erfahrungen gemacht zu haben behauptete, daß man ihn durch das Gesetz vom 31. 3. 1951 nach kaum vierjährigem Bestehen wieder abschaffte. Wenn die Väter der neuen Gemeindeordnung (d. h. insbesondere der Ministerialbürokratie) zu dieser Konzession

an die „Fraktion der Oberbürgermeister und Landräte“ bereit waren, so geschah das offenbar, weil man im übrigen (anscheinend unbedacht von der Landtagsmehrheit) das Übergewicht der Regierung über die Selbstverwaltung durch das neue Gesetz trotz aller eingangs erwähnten „goldenen Worte“ in geradezu unerhörter Weise zu verstärken suchte. Man schaffte nicht nur die noch aus der nationalsozialistischen Zeit bzw. der Zeit der Militärregierung stammenden Beschränkungen der Selbstverwaltung nicht ab, sondern baute sie darüber hinaus noch soweit aus, daß es ab 1. 4. 1955 praktisch eine Selbstverwaltung der Gemeinden in Niedersachsen überhaupt kaum noch geben wird. Und der Landtag nahm das Gesetz trotzdem an, wohl, weil er wegen seiner Streitigkeiten über die grundsätzliche Gestaltung der inneren Gemeindeverfassung auf die „Äußerlichkeiten“ der den Aufsichtsbehörden im Gesetz eingeräumten Rechte gar nicht achtete. Anders wäre die dabei herausgekommene Fassung des Gesetzes gar nicht verständlich.

Die Macht der Aufsichtsbehörden

So ist nach der neuen Gemeindeordnung die Genehmigung der Landesregierung bzw. der Aufsichtsbehörde u. a. nötig: Bei der Aenderung des Namens der Gemeinde, bei der Annahme neuer Wappen und Flaggen oder ihrer Aenderung (warum sich nicht jede Gemeinde wenigstens ein Wappen nach ihrem ureigenen Geschmack anschaffen soll, ist nicht verständlich), bei der unentgeltlichen Veräußerung von Vermögensgegenständen (also theoretisch auch bei jeder kleinen Schenkung an verdiente Beamte oder Bürger), bei Verkauf oder Tausch von Grundstücken (auch wenn es sich nur um wenige Quadratmeter handelt), bei der Einsetzung von Darlehensbeträgen oder Kassenkrediten in den außerordentlichen Haushalt und dann nochmals bei der Aufnahme von Darlehen bzw. Uebernahme von Bürgschaften.

Ferner hat die Aufsichtsbehörde das Entscheidungsrecht bei Beanstandung von Ratsbeschlüssen durch Verwaltungsausschuß oder Oberstadtdirektor, sie kann Aufgaben des übertragenen Wirkungskreises auf Kosten der Gemeinde selbst ausüben, kann Ersatzansprüche gegen den Oberstadtdirektor durchführen, ist Einleitungsbehörde für Dienststrafverfahren der höheren Kommunalbeamten, an sie muß die vorgeschriebene Mitteilung über die Beteiligung der Gemeinde an wirtschaftlichen Unternehmungen gerichtet werden, ihr ist die Haushaltssatzung mit Anlagen vorzulegen, sie kann überörtliche Prüfungen in Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesen anordnen, ja sie kann sich jederzeit über die ganzen Verhältnisse der Gemeinde unterrichten, kann durch Beauftragte an Ort und Stelle prüfen und besichtigen, mündliche und schriftliche Berichte sowie Niederschriften des Rates einsehen, kann sogar (im Gegensatz zu der diesbezüglichen Bestimmung des § 109 der revidierten Deutschen Gemeindeordnung) Beschlüsse und andere Maßnahmen der Gemeinde beanstanden, die dann nicht vollzogen werden dürfen, gegebenenfalls wieder rückgängig gemacht werden müssen.

Die Aufsichtsbehörde kann schließlich einen Kommissar für die Durchführung der Gemeindeaufgaben bestellen. Rechtsgeschäfte, die von ihr nicht genehmigt wurden, sind nichtig, und über die gewöhnliche Aufsicht hinaus wird noch der Begriff der sogenannten „Fachaufsicht“ eingeführt.

Daß bei einem solchen Katalog von Befugnissen der Aufsichtsbehörde — selbst wenn für die Städte noch Milderungen in den Ausführungsbestimmungen einträten — für eine freie Selbstverwaltung kein Raum mehr bleibt, dürfte auf der Hand liegen.

Und erinnern wir uns: dies Bild der Bestrebungen der Ministerialbürokratie, die Selbstverwaltung möglichst auszuschließen oder doch bis zur praktischen Bedeutungslosigkeit zu beschränken, haben wir in Niedersachsen schon mehrfach erlebt. Gerade hier gibt es schon zwei große Gesetze, die die Selbstverwaltung der Gemeinden auf ihrem ureigenen Gebiet beträchtlich eingeschränkt haben. Das ist einmal das schon oben erwähnte „Gesetz über die öffentliche Sicherheit und Ordnung“ vom 21. 3. 1951, durch die der Einfluß der Bevölkerung auf die Polizeiverwaltung praktisch völlig beseitigt werden sollte (mit dem Erfolg der an dieser Stelle schon früher geschilderten Korruptionsscheinungen); und das ist ferner das Schulverwaltungsgesetz vom 19. 5. 1954 (wohl zu unterscheiden von dem konfessionell umkämpften Schulgesetz), durch das die uralte Mitwirkung der Selbstverwaltung im Schulwesen ebenfalls praktisch beseitigt wurde.

Niedersachsen zeigt daher offensichtlich in gerader Linie ein konsequentes Bestreben der Landesregierung und ihrer Ministerialbürokratie, unter Ausnutzung der augenblicklichen Landtagsmehrheit die Selbstverwaltung völlig bedeutungslos zu machen. Es wird die höchste Zeit, daß die Bevölkerung mit allen zulässigen Mitteln dagegen angeht, wenn das Land nicht vollends ein Friedhof der Selbstverwaltung und damit der Demokratie überhaupt werden soll.

Falscher Ehrgeiz der „Landräte-Fraktion“

Die neue Niedersächsische Gemeindeordnung hat weder das eine noch das andere System ganz übernommen. Sie behält in gewisser Weise die Zweigleisigkeit bei, überträgt aber die Leitung der Verwaltung — die nach der bisherigen Gemeindeordnung konsequentermaßen der Oberstadtdirektor selbständig führte — einem mehrköpfigen, aus Oberbürgermeister und („Senatoren“ genannten) Ratsherren bestehenden „Verwaltungsausschuß“, an dessen Sitzungen der Oberstadtdirektor wohl beratend, aber ohne Stimme teilnimmt. Auch die wichtigsten Aufgaben des in der bisherigen Gemeindeordnung ebenfalls mit gewisser Selbständigkeit und eigener Verantwortung umkleideten Kämmerers sind in der neuen Gemeindeordnung dem Verwaltungsausschuß übertragen.

Das dürfte es sein, was wegen der starken Beschränkung ihrer Eigeninitiative höhere Gemeindebeamte zur Flucht aus Niedersachsen bewegen hat, außerdem aber auch den Keim praktischer Undurchführbarkeit in sich trägt. Denn es ist schon rein zeitlich völlig ausgeschlossen, daß Oberbürgermeister und Senatoren, die ja fast immer einen Hauptberuf haben und als Ratsherren nur

ehrenamtlich nebenher tätig sind, die ganze komplizierte Verwaltung führen können. Abgesehen davon, ist es doch fraglich, ob die aus der Bevölkerung und allen möglichen Berufen, nur nicht aus der Verwaltung kommenden Ratsherren die Fähigkeiten dazu besitzen.

Es muß also die Regelung, wie sie in der neuen Gemeindeordnung vorgesehen ist, irgendeinen Ausweg suchen. Entweder macht der Verwaltungsausschuß von der im Gesetz vorgesehenen Möglichkeit Gebrauch, „bestimmte Angelegenheiten oder Gruppen von Angelegenheiten dem Gemeindedirektor und außerdem (wie es jetzt möglich ist) „bestimmte Angelegenheiten auch auf (andere) Ausschüsse zu übertragen“. Dann wird es im wesentlichen bei der bisherigen Regelung bleiben, die jedoch in diesem Fall durch eine übermäßige Dezentralisation erheblich verschlechtert werden dürfte. Oder der Verwaltungsausschuß versucht aus eigener Kraft, der Verwaltungsarbeit Herr zu werden — dann muß er angesichts der völligen Aussichtslosigkeit dieses Versuchs über kurz oder lang ein Fiasko erleiden.

Warum kamen trotzdem und trotz schärfster Gegenstellungen der kommunalen

Empfehlenswerte Bücher:

Henry Heinz Lunau:

Revolte in USA

Bechtle-Verlag, Eßlingen

Henry Heinz Lunau schrieb schon 1948 ein sehr mutiges Buch gegen die Nürnberger Pauschalurteile, das ihm den Beinamen „Advokat der Deutschen“ eintrug, und das ihm wohl viel Haß und Mißtrauen erbracht hat.

Der Bechtle-Verlag, Eßlingen, legt jetzt eine neue Schrift Lunaus „Revolte in USA“ vor: ein Buch, das man nicht wieder aus der Hand legt, bevor man nicht die letzte Seite gelesen hat. Eine

der besten Schilderungen des Umschwungs in den USA, der für Europäer überraschenden Abkehr des amerikanischen Volkes von Roosevelt und seiner Epoche, eine tendenzlose Berichterstattung der „Revolte“ gegen das „New-Deal-System“, eine Deutung und Würdigung Mac Carthys und eine schonungslose Aufdeckung der bolschewistischen Spionage und ihres Eindringens in den Staatsapparat bis in die Vorzimmer des Präsidenten. Alles in allem eine notwendige Schrift, denn sie weckt Verständnis für die Wandlung der USA nach 1945 und verhindert oberflächliche und überhebliche Kommentare über diese Revolution der Stille.



AUG. PRELLE - GOSLAR

BAUSTOFF - GROSSHANDLUNG

FERNSCHREIBER 0252-842 · FERNRUF - SAMMEL - NR. 3524/2492

Sämtliche Baustoffe, Bedachungs- und Kanalisationsartikel, Wand- und Fußbodenplatten — Sanitäre Einrichtungen

Ernst Kuntscher MdB:

Linus Kather gestern und heute

Bei der Behandlung des Themas „Das Vertriebenenproblem“ auf dem vierten Bundestag der CDU im April 1953 in Hamburg sagte MdB. Linus Kather, damals noch CDU-Bundestagsabgeordneter, wörtlich, folgendes:

„Für die Wahlen kommt es nicht so sehr auf das an, was wir tun wollen, als auf das, was wir getan haben“. Dann fuhr er fort: „Immer waren die großen Fragen noch ungelöst, immer standen wir mehr oder weniger in großer Entfernung von der Bewältigung der großen gesetzgeberischen Aufgaben, vor die dieses gewaltige Problem uns gestellt hatte.“

Heute ist es zum ersten Mal anders. Wenn auch die Zukunft noch manche Arbeit für uns bereit hält, so glaube ich doch, sagen zu können, daß wir die für die Eingliederung der Vertriebenen und Flüchtlinge wichtigsten Gesetze verabschiedet haben. Ich nenne das Gesetz zu Art. 131 GG., das Lastenausgleichsgesetz mit dem Feststellungsgesetz und das Bundesvertriebenengesetz. Es steht für jeden urteilsfähigen Beobachter der parlamentarischen Arbeit außer Zweifel, daß, wenn auch viele Wünsche unerfüllt geblieben sind, wenn auch manche Verbesserung notwendig ist, der Deutsche Bundestag mit diesen Gesetzeswerken eine große Leistung vollbracht hat.

Es wird unsere Aufgabe sein, im Wahlkampf diese Erfolge sichtbar zu machen, auch den großen Anteil, den unsere Partei (CDU) an diesen Erfolgen gehabt hat. Das Gesetz zu Art. 131 haben wir in seinen entscheidenden

Bestimmungen ebenso gegen die Sozialdemokratische Partei durchsetzen müssen wie das Feststellungsgesetz und das Lastenausgleichsgesetz im ganzen. Auch das Bundesvertriebenengesetz wäre ohne unser Mitwirken nicht zustande gekommen.

„Ich halte es für meine Pflicht, heute und hier hervorzuheben, daß bei diesen vier Eingliederungsgesetzen in den schwierigen und entscheidenden Phasen der Bundeskanzler jeweils die ganze politische Tragweite der Situation erkannt und sich eindeutig zu dem, was politisch notwendig war, bekannt hat. Ich danke ihm dafür und ich fühle mich umso mehr dazu angetrieben, als ich genau weiß, daß er im Kabinett es insofern nicht immer gerade leicht gehabt hat.“

In seinen weiteren Ausführungen stellte Dr. Kather fest: „Mit diesen Gesetzen sind die Grundlagen geschaffen für eine schnelle Eingliederung der Vertriebenen auf gesunder wirtschaftlicher Grundlage. Es war das Hauptanliegen der Vertriebenen, daß der Lastenausgleich so geschaffen sein sollte, daß wenigstens in den ersten Jahren für die produktive Eingliederung 1 Milliarde DM pro Jahr zur Verfügung stehen sollte. . . . Sie wissen, welche negativen Ovationen mir von der Opposition deshalb dargebracht wurden. Die SPD sprach von dem Unfall, der BHE von dem Reifall Dr. Kathers. . . . Es war damals nicht ganz leicht, gegen das Trommelfeuer seitens der Opposition anzukämpfen.“

Dr. Kather hatte Recht; der oftmals so viel gelästerte Lastenausgleich ist eine echte Eingliederungsmaßnahme geworden.

Die Gesamtsumme für Aufbaudarlehen und Darlehen zur Beschaffung von Arbeitsplätzen, die nach dem Lastenausgleichsschlußgesetz im Jahre 1957 mit der Hauptentschädigung verrechnet werden, beträgt also 6 547 Mill. DM.

Mit diesen sehr beachtlichen Summen konnte sehr viel zum wirtschaftlichen Wiederaufbau in Form von Existenzgründen beigetragen, aber auch auf dem

Für die CDU kandidiert in Dannenberg. Rechtsanwalt Ernst Hensel

Am 26. Februar 1902 wurde ich in Gr.-Neubrau, Krs. Marienwerder/Westpreußen als Sohn des Schneidemühlenbesitzers Richard Hensel und seiner Ehefrau Margarethe geb. Frügel geboren. Schon im jugendlichen Alter kam ich nach Ostpreußen, woher mein Vater stammte. Dort bin ich aufgewachsen. Nachdem ich mich zu Beginn des Jahres 1919 freiwillig zum



Grenzschutz gemeldet hatte, kehrte ich nach Auflösung desselben auf das Humanistische Gymnasium nach Lyck zurück, wo ich im Februar 1920 mein Abiturientenexamen ablegte. Ich studierte dann Jura. Nach kurzer Tätigkeit als Richter ließ ich mich im Jahre 1930 als Anwalt in Königsberg nieder. Meine Anwaltspraxis übte ich bis zu meiner Einberufung zur Wehrmacht im Jahre 1942 aus. Ich kam dann nach kurzer Ausbildung nach Rußland, wo ich zum Unteroffizier befördert wurde und als Nebelwerfer an einer Reihe von Schlachten, insbesondere an den Kämpfen um Woronesch teilnahm.

Als meine Batterie nach Stalingrad in Marsch gesetzt wurde, wurde ich auf Betreiben des Präsidenten der Anwaltskammer in Königsberg u. k. gestellt und kam als Sachbearbeiter zur Preisbildungs-

sozialen Sektor viel Not und Leid gemildert werden.

Durch die am 23. Februar 1955 in der dritten Lesung im Bundestag verabschiedete Novelle zum Lastenausgleichsgesetz werden weitere wesentliche Verbesserungen des Gesetzes erreicht.

Zähe und ausdauernde Arbeit, nicht unsachliche Kritik und Nörgelei führen zum Erfolg. Das im Jahre 1957 fällige Lastenausgleichsschlußgesetz wird diese Feststellung bestätigen.

Hoffentlich ist auch Herr Dr. Kather trotz Parteienwechsel mit uns heute noch der gleichen Auffassung, daß der CDU der wesentlichste Anteil an diesem großen Werk der Entschädigung gebührt.

stelle in Königsberg. Nach dem Ausscheiden des derzeitigen Leiters der Preisbildungsstelle wurde mir die Leitung derselben übertragen und nach Auflösung der Preisbildungsstelle kam ich dann zur Regierung in Königsberg, wo mir nach der Ausbombung Königsbergs die Leitung der Feststellungsbehörde des Regierungspräsidenten anvertraut wurde. Bei Beginn der Kämpfe um Königsberg wurde ich damit beauftragt, eine Ausweichstelle der Regierung Königsberg bei der Regierung Köslin aufzubauen, welchen Auftrag ich jedoch nicht mehr ausführen konnte, da kurz nach meinem Eintreffen in Köslin auch die Russen dort erschienen.

Nach dem Zusammenbruch baute ich im Kreise Dannenberg die CDU auf, zu deren Kreisvorsitzenden ich bereits im Jahre 1946 gewählt wurde, in welcher Eigenschaft ich auch heute noch tätig bin. Daneben beschäftigte ich mich eingehend mit den Vertriebenenproblemen und reichte bereits im Jahre 1946 der Niedersächsischen Landesregierung eine Denkschrift über die Eingliederung der Vertriebenen in die westdeutsche Wirtschaft ein. Ich übernahm bald danach die Leitung des Kreisflüchtlingsamtes im Kreise und war in dieser Eigenschaft bis zu meiner Wiederzulassung als Anwalt im Jahre 1948 tätig.

Über den Kreis hinaus betätigte ich mich in der Flüchtlingsbewegung dadurch, daß ich die verschiedenen damals bestehenden Vertriebenenverbände zu einer Tagung in der Görde einlud, auf welcher Tagung dann der allgemeine Zusammenschluß erfolgte und dann zur Vertretung nach außenhin ein sogenannter Elferausschuß gewählt wurde. Dieser Elferausschuß wählte mich zu seinem Vorsitzenden. Da ich schon bald den Eindruck gewann, daß es einem Teil der im Elferausschuß befindlichen Frauen und Männer weniger auf eine Förderung der Interessen der Vertriebenen als auf persönliche und parteipolitische Dinge ankam, und weil ich auch als Anwalt meinem Beruf nachgehen mußte, zog ich mich dann aus dieser Arbeit zurück. Seit dieser Zeit habe ich mich politisch nur noch in meiner Eigenschaft als Kreisvorsitzender betätigt, zumal ich auch in meiner Praxis voll ausgelastet bin. Dem BVD gehöre ich seit seiner Gründung an, da ich ja in meiner Eigenschaft als Leiter des Kreisflüchtlingsamtes im Kreise den sogenannten ZVD, also den Vorgänger des BVD, gegründet habe.

Dannenberg/Elbe, den 15. März 1955.

Ernst Hensel

Leistungen der Soforthilfe und des Lastenausgleichs

In der Zeit vom August 1949 bis 31. Dezember 1954 wurden rund 14 Milliarden DM an die Anspruchsberechtigten

aus den verschiedenen Leistungssparten zur Auszahlung gebracht bzw. als Existenzaufbaudarlehen vergeben.

	Parteien	DM
1. Kriegsschadensrente an	872 425	3,839 Mill.
davon Empfänger von Entschädigungsrente	38 987	
2. Beihilfen aus dem Härtefonds an	3 961	4 Mill.
3. Währungsausgleich an	2 446 257	749 Mill.
4. Altsparentschiädigung		142 Mill.
5. Hausratshilfe und Beihilfe zur Hausratsbeschaffung		
bewilligte Fälle 1. Rate	3 604 982	
bewilligte Fälle 2. Rate	1 011 820	
Hausratsbeschaffung aus dem Härtefonds (Zonenflüchtlinge) zusammen:	55 261	2,479 Mill.
6. Förderung der gewerblichen Wirtschaft und der freien Berufe an	180 236	
Aufstockungen	12 065	
aus dem Härtefonds insgesamt:	5 621	1,015 Mill.
7. Förderung der Landwirtschaft Darlehen	Stellen	
a) Neusiedlungen	25 971	
b) Pachtungen	14 546	
c) Erwerb, einschl. Einheiraten insgesamt:	15 650	
mit einer Betriebsfläche von 343.728 ha	56 167	
d) 938 Aufbaudarlehen aus dem Härtefonds zusammen:		630 Mill.
8. Förderung des Wohnungsbaus Aufbaudarlehen für	Wohnungen	
weitere Förderungsmittel für den Wohnungsbau	307 000	840 Mill.
Förderungsmittel für den Umsiedlerwohnungsbau aus dem Härtefonds für zusammen für den sozialen Wohnungsbau		3,412 Mill.
	8 319	224 Mill.
		29 Mill.
		4 505 Mill.
9. Arbeitsplatzbeschaffung bewilligte Darlehen 3 609 Fälle 78 497 Arbeitsplätze		265 Mill.
10. Ausbildungshilfe an	Parteien	
davon Schüler an mittleren und höheren Schulen	825 674	323 Mill.
Studierende an Berufsfach- und Fachschulen	242 183	
Studierende an Hochschulen	114 206	
Akademiker im Ausbildungsdienst	64 409	
Lehrlinge, Anlernlinge und Praktikanten	9 110	
	395 766	
11. Heimförderung Darlehen und Beihilfen für 3 000 Heime		132 Mill.

Verschleiß von BHE-Abgeordneten

Bei der niedersächsischen Landtagswahl im Jahre 1951 wurden 21 BHE-Abgeordnete gewählt, und zwar ein Abgeordneter in der direkten Wahl und 20 über die Landesergänzungsliste. In der Landtagsitzung Anfang Februar 1955 wurde bekanntgegeben, daß der BHE-Abgeordnete Hasler sein Landtagsmandat niederlegt hat der auf der Landesergänzungsliste folgende Nächste, Herr Hans Schütt, an seine Stelle als Abgeordneter in den Landtag berufen wird. Herr Schütt steht auf der Landesliste an 40. Stelle. Es sind also im Laufe von nicht ganz 4 Jahren über die Landesergänzungsliste des BHE genau so viele Abgeordnete nachgerückt, als seinerzeit über die Landesergänzungsliste gewählt waren, nämlich 20 Kandidaten. Das kann man wohl als einen übermäßig großen Verschleiß bezeichnen. Wenn aber die Ursache dieses ungeheuren Verschleißes gesucht wird, so stellt man fest, daß ehemalige gewählte oder nachgerückte Kandidaten ihr Landtagsmandat niederlegten, da sie in andere landesbeamtliche Stellen oder Funktionen berufen wurden. Es bekleiden heute von diesen zurückgetretenen Abgeordneten verschieden hohe und beachtliche Posten in der Landesverwaltung. Da ist ein

Staatssekretär, ein Polizeipräsident, ein Leiter des Landesernährungsamtes und dergleichen mehr. Die Koalitionsfreundschaft mit der SPD hat sich glänzend bewährt und bezahlt gemacht. Ob die Wähler des BHE darüber besonders erfreut sind, steht auf einem anderen Blatt. Oftmals hört man aber nur die verbitterte Kritik, daß sie die Steigbügelhalter für einige wenige Parteifunktionäre waren.

Heimatvertriebener Kandidat in Hannover-Land

Die Kreisversammlung der CDU im Kreisverband Hannover-Land wählte in geheimer Wahl einstimmig zum Kandidaten des Wahlkreises 7 Hannover-Land den Angestellten Johannes Gorski aus Engelbostel, Landkreis Hannover.

Geschäftliches

Unserer heutigen Ausgabe liegen wieder Toto-Wettscheine des Niedersächsischen Fußball-Totos bei. Diese Wettscheine sind für den Spielplan 2./3. April 1955 bestimmt. Recht viel Toto-Glück!

Propheten haben sich geirrt:

Das Kindergeldgesetz ist gut angelauten

Vor dem sozialpolitischen Arbeitskreis der CDU/CSU gab der Geschäftsführer des neu geschaffenen Gesamtverbandes der Kindergeld-Ausgleichskassen bei den gewerblichen Berufsgenossenschaften, Dr. Lauterbach, den ersten Bericht über das Anlaufen der Kindergeldauszahlungen. Allen Unkenrufen überkluger Propheten zum Trotz ist der Anlauf in den ersten zehn Wochen gut und reibungslos. Insgesamt rechnet man mit 1 350 000 Berechtigten aus den beiden Gesetzen. Die Zahl wird sich noch um ca. 50 000 nach Verabschiedung des Kindergeldschlußgesetzes erhöhen. Dann ist aber auch alles erfaßt.

36 gewerbliche und 18 landwirtschaftliche Berufsgenossenschaften sind die Träger. Im gewerblichen Sektor zeigt sich folgendes Zahlenbild: 850 000 Berechtigte fallen in diesen Sektor, davon haben in den ersten zehn Wochen bereits 500 000 das Kindergeld ausgezahlt erhalten. Kein Antragsteller hat länger als 3 Wochen auf die Erledigung seines Antrages gewartet. Die ohne Schematismus und ohne Bürokratie aufgelegte Organisation hat sich glänzend bewährt. Drei Kräfte beim Gesamtverband und 401 bei den gewerblichen und 172 im landwirtschaftlichen Sektor, ein großer Teil nur für den Anlauf zusätzlich eingestellte Arbeitskräfte, haben diese Arbeit bewältigt. Unter diesen kein einziger höherer Beamter.

Bis zum Berichtstag (15. 3. 1955) sind bereits an die 50 Mill. DM an Kindergeld ausgezahlt. Über zwei Drittel der eingereichten Anträge sind honoriert. Auch beim Auszahlungsverfahren hat man sich auf kein einheitliches Schema festgelegt, sondern mehrere Auszahlungsarten mit Erfolg angewandt. Verfahrensarten:

1. Auszahlung durch die Betriebe. Die Betriebe haben sich sehr schnell eingesperrt. Viele mittlere Betriebe fordern, daß man ihnen die Auszahlung überträgt.
2. Auszahlung durch die Post. Mit der Post wurde vereinbart, daß die Kindergeldauszahlung am Schalter an einem Termin erfolgt, der mit keiner anderen Rentenauszahlung zusammenfällt. (Immer der 2. des folgenden Monats.)
3. Auszahlung durch Scheck. Für jeden Berechtigten wird ein Scheckheft ausgegeben. Es enthält 12 Schecks. Auf jedem Scheck ist der Monat eingedruckt. Der fällige Scheck kann bei jeder Bank

kostenlos eingelöst werden. Kleine Betriebe nehmen die Scheckhefte an sich und lösen die fälligen Schecks termingemäß ein.

4. Auch eine Direktüberweisung ist möglich, aber sie ist zu kostspielig und zeitraubend.

Das billigste und am wenigsten umständliche Verfahren ist das mit dem Scheckheft. Bis Mitte Februar waren eine halbe Million solcher Scheckhefte ausgegeben.

Über das Anlaufen im landwirtschaftlichen Sektor berichtete Dr. Breitbach, der Hauptgeschäftsführer für die landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften. In diesem Sektor geht es langsamer. Dies liegt in der anders gelagerten Struktur.

Zusammenfassend kann wohl festgestellt werden, daß alle diejenigen, die eine staatliche Durchführung verlangten und der privaten Initiative, der Selbstverwaltung, die Fähigkeit absprachen, die Durchführung zu garantieren, falsch prophezeiten. Wäre es nach den „Neinsagern“, der SPD, dem BHE, der FDP und der DP gegangen, so hätten wir nicht nur einen sehr teuren, sondern auch bürokratischen Durchführungsapparat erhalten und die Berechtigten hätten noch sehr lange auf Kindergeld gewartet.

Die CDU/CSU war gut beraten, als sie dieses Gesetz allein und in dieser Form durchzog.

Ernst Kuntzsch, MdB

Herr Heuser will es wissen!

Wer Herr Heuser ist, sagen wir Ihnen später. Zunächst sollen Sie erfahren, was Herr Heuser sagt.

Der deutsche Arbeiter wird zum Lohnsklaven, sagt Herr Heuser, weil er nichts mehr hat als Schulden! Und das durch die teuflische List der Unternehmer! Die machen das so: stellen Musiktischen, Fernsehgeräte, Kühlschränke, Motorräder mit und ohne Beiwagen, Mopeds und Motorroller, Fotoapparate und verlockende Sportausrüstungen in die Schauwindower, an denen der Arbeiter so oft entlangmarschieren muß, bis ihm einfach nichts anderes übrig bleibt, als hineinzugehen und eines oder mehrere dieser schönen Dinge zu erwerben — natürlich auf Ratenzahlung, denn er ist ja, Gott sei Dank, kein Kapitalist! Und damit haben ihn die Kapitalisten da, wo sie ihn haben wollten: in die Zinsknechtschaft! Denn Sie glauben doch nicht etwa, die Ausbeuter verkaufen gegen Ratenzahlung, um den Umsatz zu erhöhen? Nein! einzig und allein, um dem Arbeiter den geringen, sauer verdienten Lohn schnell wieder aus der Tasche zu ziehen, damit nichts übrig bleibt, „um zu gewerkschaftlichen Kampfmitteln zu greifen!“

Dies Geheimnis hat nun ein Herr Fritz Heuser enthüllt, der als Vorsitzender des Bundestechnikerausschusses des DGB in Hannover einen Vortrag über das Thema „Technik und Wohlstand“ hielt. Ihm wurde offensichtlich schwül bei dem Gedanken, daß der Arbeiter seinen Lohn

lieber für die Anschaffung von Privateigentum (!!), zur unmittelbaren Erhöhung seines Lebensstandards und seiner Lebensfreude ausgibt, als laufend hohe und immer höhere Beiträge in die Gewerkschaftskassen zu zahlen und dafür auf Befehl der gut und sicher bezahlten Gewerkschaftsfunktionäre immer dann, wenn es denen paßt, streiken zu müssen! Denn wo bleiben diese Funktionäre, wenn die Beiträge absinken?

Die SED kennt da einen Ausweg: Kauf von Privateigentum unmöglich machen (wie? sagt Pankow), dafür dem Arbeiter

Rasch-Tapeten

9,3 Millionen Rollen betrug die Produktion der Tapetenfabrik Gebr Rasch & Co., Bramsche, im Jahre 1954. Damit wurde der bisher höchste Umsatz dieser im Familienbesitz befindlichen Firma erreicht. Die Politik der Beteiligung hervorragender Künstler des In- und Auslandes an den Kollektionen hat sich bewährt und soll fortgesetzt werden.

Erhebliche Investitionen wurden vorgenommen zur Herstellung einer neuen 100% abwaschbaren Tapete, die unter dem Namen „Rasch Lotura“ auf den Markt gebracht wird. Das Verfahren wurde auf Lizenzbasis von Engblads Tapetenfabrik in Göteborg (Schweden) übernommen. Die neugeschaffene Kapazität ist voll ausgelastet.

„freiwillige Zwangsspenden“ in Höhe des nun nicht mehr verwendbaren Betrages zur Stärkung der Gewerkschaftskasse „empfehlen“. Er kann dann umso öfter streiken und damit werden die Schauwindower sowieso leer! Vielleicht sprechen die deutschen Arbeiter einmal ein offenes Wort mit Herrn Fritz Heuser über diese Zukunftsaussichten!

Dies sollten Sie lesen!

Dr. Fritz Gause:
Deutsch-Slavische Schicksalsgemeinschaft
Holzner-Verlag, Würzburg

Ein leider viel zu wenig bekanntes Buch, dieses Abriß einer Geschichte Ostdeutschlands und seiner Nachbarländer! Jeder Vertriebene sollte diese Schrift besitzen. Jeder noch in Freiheit und Besitz Lebende müßte sie lesen. Eine lebendige, sachliche Darstellung der Geschichte des ganzen Ost- raumes, die in alle Bibliotheken, ganz besonders aber in die Hand der Lehrer unserer Schulen gehört. Ohne jede Schärfe, frei von aller Polemik und jede Verbitterung zurückhaltend, im völkerverständigendem Sinne eines Gottfried Herder geschrieben, reiht der Verfasser die Daten des volklichen und staatlichen Werdens aneinander. Er untersucht die Spannungen, er deckt die Gründe auf, er stellt die gemeinsame Leistung aller Menschen verschiedenen Volkstums zwischen dem Baltikum und dem Balkan fest, schildert die Passion und Größe des Deutschtums und hat zum Schluß den Mut — es scheint immer noch Mut dazu zu gehören — wertend und warnend zu erinnern und zu mahnen:

Mit dem Zusammenbruch Deutschlands ist auch Preußen als Staat ausgelöscht worden. Es ist symbolhaft, daß der Beschluß zur Aufhebung Preußens 1947 auf der Außenministerkonferenz in Moskau gefaßt wurde. Es war der Triumph Rußlands über den Staat, der ihm bis dahin bei seinem weiteren Vordringen nach Europa im Wege gewesen war, und es war zugleich ein Zeugnis für die Achtung, die die Welt vor der Kraft dieses Staates hatte, daß seine Vernichtung das einzige war, worin sich die ehemaligen Alliierten einig waren. Es bleibt eine Hoffnung, daß Preußen in seinem ursprünglichen, ordenszeitlichen Umfang als Teil eines Größeren wiedererstanden möge. Nach der Austreibung der Ostdeutschen hat Westdeutschland die Aufgaben deutscher Ostpolitik übernommen. In einem viel stärkerem Ausmaß, als es jemals in der deutschen Geschichte der Fall gewesen ist.

Der Osten, einst das Land deutscher Hoffnung und deutscher Arbeit, ist zerschlagen. Er ist zu einem Vorfeld Asiens geworden. Der Eisernen Vorhang, der ihn von Europa trennt, verläuft fast auf derselben Linie, die z. Zt. Karls des Großen das christliche Abendland vom heidnischen Osten schied. Die Deutschen haben den Menschen des Ostens einst die Freiheit gebracht, Asien hat sie wieder in die Unfreiheit zurückgeworfen und ein Schweigen über sie gebrüht, das durch den Lärm der Propaganda nur noch eindrucksvoller wird.

Unser alter Erdteil wehrt sich dagegen, ein Anhängsel Asiens zu werden, aber er kann dieser Gefahr nur Herr werden, wenn er auf den Osten nicht verzichtet. Ohne den Osten ist Europa ein verstümmelter Körper. Nur mit ihm kann es leben. Und nur dann, wenn das deutsche Volk den Anteil am Osten zurückgewinnt, den es sich durch Arbeit und Leistung verdient hat.“ nd.

Osterfreude

durch

Wollkamp-Kleidung

für den Herren immer aktuell die

Sport-Kombination

Aus unserer großen Auswahl einige Beispiele:

Sport-Sakko

gute Qualität, solide Verarbeitung 39,50, 34,50, **29,75 DM**

Sport-Sakko

modische Farben, reine Wolle 59,50, 49,50, **39,50 DM**

Kombi-Hose

besonders preisgünstig 24,75, 17,75, **12,75 DM**

Kombi-Hose

in vielen Farben, reine Wolle 39,50, 34,50, **29,75 DM**

Qualität so preiswert bei

Wollkamp

Haus der Bekleidung und Wäsche

HANNOVER, Schillerstraße 23a

WUNSTORF, Südstraße 14

Zahlungserleichterung durch Eigenfinanzierung und alle Kreditinstitute

WIR DRUCKEN FÜR SIE:

PLAKATE
FLUGBLÄTTER
RUNDSCHREIBEN
WERBEFÄHNCHEN
KANDIDATENBRIEFE

in ein- und mehrfarbiger Ausführung auch in Großauflagen.

Schnell und zuverlässig!

Grenzland-Druckerei Rock & Co.
Groß-Denkte/Wolfenbüttel Fernruf 3336

Möbel

stets gut und preiswert vom Fachgeschäft

Edmund Göbel

Hannover - Nur Lange Laube 14
(früher Artilleriestraße)

2 Millionen Arbeiter und Schüler

fahren täglich mit der Deutschen Bundesbahn zu stark ermäßigten Preisen!

Das kann nur eine gesunde Bundesbahn!

Magen- u. Darmkranke wundern sich
Langjährige Magenkranke erklären:
Nach Einnahme von Lakritz-Weltmar-Magentabletten habe ich keine Schmerzen mehr. Meinen Magen spüre ich überhaupt nicht und fühle mich wie „neu geboren“.

In 52 Ländern der Erde haben sich Lakritz-Weltmar-Magentabletten erfolgreich durchgesetzt. Das Präparat ist nur in der Apotheke erhältlich.

Biochema-Bochum

Herausgeb.: Verlagsgesellschaft Niederdeutsche Stimmen mbH., Hannover, Marienstr. 30. Ruf 817 35. Hauptschriftleitung: Arnold Fratzscher, Hannover; für Kulturpolitik: Dr. Josef Nowak, Hildesheim; für Braunschweig und Zonenrandgebiet: Dr. Bruno Porten, Goslar; für Vertriebenenfragen: Hanna Gorski MdL., Engelbostel. Satz und Druck: Grenzland-Druckerei Rock & Co., Groß-Denkte/Wolfenbüttel, Fernruf 33 36.

Deine Anzeige in den „Niederdeutschen Stimmen“ hat großen Erfolg!

Wirtschaftskonferenz im Zonenrandgebiet

Konferenzen, die sich mit der Notlage der Zonenrandgebiete befassen, sind naturbedingt zu einem Bestandteil des Wirtschaftslebens im Randstreifen geworden. Sie haben im Laufe der Jahre ihren eigenen Stil entwickelt. Man könnte auch von einem Clichee sprechen; denn für gewöhnlich laufen die Besprechungen so ab, daß einem Vertreter aus Bonn — meist handelt es sich um Bundestagsabgeordnete, die je nach ihrer Parteizugehörigkeit mit verschiedenen Temperamenten gesehen werden —, von den einheimischen Wirtschaftskreisen zugesetzt wird, der Bund tue dem Zonenrandgebiet gegenüber nicht in dem erforderlichen Maße seine Pflicht.

Wir wollen uns nicht mit einem ausgedehnten Vorwort aufhalten und gar einen Gegenstand machen, das den Dingen nicht im geringsten nützt wie auch der lauteste Rufer nach der Wiedervereinigung nicht der tüchtigste Arbeiter für diese Frage ist. Aber wir haben jetzt so viele Konferenzen dieser Art hinter uns, daß wir uns für befugt halten, ein Wort zu der ersten Frage der Notlage der Zonenrandgebiete zu sagen. Wir bezweifeln nicht im geringsten, daß die Einberufer einer derartigen Wirtschaftskonferenz wie zu Anfang dieses Monats in der „Roten Warte“ in Duderstadt den stärksten Willen haben, etwas Entscheidendes für ein notleidendes Zonenrandstück wie den Bereich des Arbeitsamtes Northeim zu tun.

Man muß die Dinge klipp und klar beim Namen nennen. Wenn, was vielleicht im Zonenrandgebiet viel zu wenig bekannt ist, der sozialdemokratische Finanzminister Kubel erklärt, die Zonenrandhilfe sei Sache des Bundes, wenn er das Frachtenhilfsprogramm unter diesem Gesichtspunkte einfach unbeachtet drei Viertel Jahr liegen ließ, wenn er nur auf Drängen des Landtags wieder vier Millionen für die Zonenrandgebiete in den niedersächsischen Landeshaushalt einstellt — nach seinem Ansatz sollte es nur 1,1 Millionen werden, nach Abzug der Frachtenhilfe also nur 100 000 Mark — dann braucht man sich nicht zu wundern, wenn man am anderen Tage in der SPD-Presse liest, Bonn helfe den Zonengrenzkreisen viel zu wenig, wenn man irreführend von „Bemühungen“ der niedersächsischen Landesregierung in der

Ueberschrift liest und wenn man dann erst nebenher erfährt, daß „die niedersächsische Landesregierung von jeher alle diese Hilfsmaßnahmen von der Bundesregierung immer

Ans Unglaubliche grenzende Erfolge mit „Rheumedia!“

Wieder in Form! Das schreiben uns täglich Menschen, die an schwerem Gelenk- und Muskelrheuma, an Gicht, Ischias, Arthritis und Hexenschuß litten.

Machen Sie einen Versuch mit „Rheumedia!“ 30 ccm Tropfen — Flasche DM 4.50. Über jede Apotheke zu beziehen.

BIOCHEMA-BOCHUM

wieder mit allem Nachdruck verlangt“ habe, wenn ein Bundestagsabgeordneter der Regierungskoalition darlegt, daß die Hilfe für Schleswig-Holstein ausgeklammert sei, so daß in Wirklichkeit derselbe Betrag im Bundeshaushalt für die Zonenrandhilfe zur Verfügung stehe wie im vergangenen Jahr und diese Erklärung geflissentlich unterschlagen wird, dann ist der Sache in keiner Weise gedient. Auch die Bemerkung des Vorsitzenden des Verwaltungsausschusses des Arbeitsamtes Northeim, die Bundesregierung habe „offenbar kein Interesse daran, die schwierige Lage im Zonengrenzgebiet zu beseitigen“, ist ein geradezu ungeheuerlicher, durch nichts zu beweisender Vorwurf, der an Demagogie grenzt.

Wir haben uns vor kurzem anhand einer Wirtschaftsbesprechung in Braunlage, an der Bundestagsabgeordnete Frau Dr. Brökelschen, die aufgrund ihrer eingehenden Sachkenntnisse die Konferenz in dem schlichten und würdigen Rahmen über die Runden brachte, die dem Gegenstande und der Notlage des Zonenrandgebiets eignet, einige grundsätzliche Ausführungen über Zonenrandhilfe gemacht. Dabei haben wir uns zu der Forderung nach Senkung der Umsatzsteuer geäußert, die auch in Duderstadt wieder erhoben wurde. Eine derartige Forderung — sie soll sich auf einen nach Kilometer berechneten Streifen beziehen — ist nicht zu verwirklichen, wenn man nicht ein künstliches Umsatzsteuer-Zonenrandgebiet neu schaffen will. Der 41 Kilometer von der Zonengrenze wohnende Gewerbetreibende würde bald seine Kundschaft an den 39 Kilometer von der Grenze entfernt wohnenden Gewerbetreibenden abtreten müssen, wenn eine solche Forderung sich durchsetzen würde. Dieses krasse Beispiel mag eine Umsatzsteuersenkung am Eisernen Vorhang beleuchten.

Forderungen allgemeiner Art, wie sie wieder erhoben wurden, sind nicht, das müßte längst Allgemeingut der gesamten Wirtschaft des Zonenrandgebietes geworden sein, so allgemein durchzuführen, wie sie immer wieder aufgestellt werden. Die Wirtschaft aus diesem Gebiet selbst hat sich längst zu dieser Erkenntnis durchgerungen und vertraut sich mit ihren individuellen Sorgen dem „Harzbüro in Bonn“ an. Das ist der Weg, der besser zum Ziel als der Gang in eine Wirtschaftskonferenz, die sich in parteipolitische Agitation auflöst. Der eigentlichen Notlage ist im Zonenrandgebiet damit nicht gedient.

Die Apostel

Als Geschenk für alle Anlässe besonders zur Erstkommunion und Konfirmation eignet sich dieses in sehr schöner Aufmachung mit 12 Bildtafeln in mehrfarbigem Kupfertiefdruck im Verlag Erwin Burda, Freiburg im Breisgau, erschiene Buch. (Ganzleinen 12,80 DM.)

Für die CDU kandidiert:

Landrat Hinrichs

Landrat Hinrichs in Reddereitz im Landkreis Lüchow-Dannenberg ist einer der bekanntesten Persönlichkeiten dieses Zonengrenzkreises. 1916 aus dem ersten Weltkrieg mit einer schweren Gasvergiftung heimgekehrt, übernahm er als Landwirt den väterlichen Hof. Die Zahl seiner



Ehrenämter würde eine ganze Seite extra füllen. Seit vier Jahren ist Bauer Hinrichs für die CDU Landrat des Kreises Lüchow-Dannenberg. Da sein Kreis für die Wahl geteilt ist, kandidiert er im Wahlkreis Bevensen, in dem auch sein Wohnsitz ist, während im Wahlkrs. Dannenberg Rechtsanwalt Hensel kandidiert.

Wir suchen Anbau-Aufträge für

SOMMER- BRAUGERSTE

abzuschließen.

Saat:

Heine's Haisa oder Breüns Wisa

Malzfabrik Vienenburg G. m. b. H.
Vienenburg/Harz

Wahlkampfmethoden der SPD

Zuerst Ruf nach Fairneß, hinterher folgen verschleierte und falsche Zahlen

Kaum eine SPD-Versammlung vergeht, die nicht mit einem Aufruf an die anderen Parteien — gemeint ist vor allem die CDU, die der SPD den unangenehmen Spiegel ihrer Taten vorhält — zur fairen Führung des Landtagswahlkampfes eingeleitet würde. Wir haben hier zunächst den Braunschweiger Raum im Auge mit seinen mehrfachen Beispielen, daß die SPD diesen Appell selbst entwertete. Es wurde in solchen SPD-Versammlungen ein Verdrehungsspiel mit Zahlen praktiziert, das nicht an die Echtheit der berufenen Fairneß glauben ließ. Die Scheu vor der echten Zahl trat zutage in einem Maße, das nach den Gründen für diese Scheu fragen läßt.

Das Land Braunschweig war seit Jahrzehnten eine rote Domäne. Schon bei den Reichstagswahlen von 1893 bis 1912 finden wir SPD-Stimmenanteile zwischen 40,1 und 48,6 v. H. der abgegebenen gültigen Stimmen. Die SPD schreckte vor drei Jahren auf, als ihr bei der Bundestags-Nachwahl zum ersten Mal der Harz-Wahlkreis entrissen wurde. Gleich erhob sich ein Wehegeschrei der SPD über einen „demagogisch geführten“ Wahlkampf. In der Stadt Braunschweig wurde zur Kommunalwahl 1952 schon mit dem Mittel gearbeitet, das auch in dem gegenwärtigen Wahlkampf wieder seine Zugkraft bewahren soll: Es wurde in der Braunschweiger Stadtverwaltung „mit viel Aufwand an Zeit und Geld“ (aus den Mitteln der Steuerzahler) eine Denkschrift hergestellt, die nicht weniger als 83 Beispiele anführte, daß alles nur durch die SPD geleistet worden sei, was an Wiederaufbau festzustellen ist. Die Verteilung nur unter Genossen zog zwar nicht, aber die SPD vertraut darauf, daß im Landtagswahlkampf 1955 das Mit-fremden-Federn-Schmücken sich bezahlt machen werde.

Erst recht haben die Bundestagswahlen 1953 der SPD deutlich gezeigt, daß ihre

Politik nicht den erhofften Beifall findet. Die CDU errang im Verwaltungsbezirk Braunschweig mit 40 v. H. der Stimmen das Vertrauen der Wähler, der erst mit dem Abstand von 33 v. H. die SPD, bei der Landtagswahl 1951 noch Gewinner mit 40 v. H. der Stimmen folgte.

Es kommen Tatsachen hinzu, die der SPD den Wahlkampf im Braunschweiger Raum recht sauer machen: Zwei der markantesten Fälle aus dem NTG-Skandal, der im augenblicklichen Zeitpunkt die niedersächsische Bevölkerung in Spannung hält, spielen gerade in den braunschweigischen Raum hinein. Der Erlit-Skandal, der bei einem Gesamtumsatz des famosen Unternehmens von 90 000 Mark rund 300 000 Mark Steuergelder in ein Nichts verschwinden ließ, hat sich gerade in Braunschweig zugetragen, das heißt: er findet gerade in diesem Raum ein Interesse, das der SPD alles andere als lieb ist.

Zum Leidwesen der Landesregierung zieht auch der hannoversche Polizei-Skandal vom Braunschweiger Gebiet her noch eine unerwartete Blase. In einer Funktionsversammlung der Fachabteilung Polizei in der Gewerkschaft Öffentliche Dienste in Hannover hat sich der Gewerkschaftssekretär Bernd über den Goslarer Hauptkommissar Geilke beschwert, er habe ihn, Bernd, auf einer Tagung der Gewerkschaft der Polizei (die mit dem DGB nichts zu tun hat), nicht zu Wort kommen lassen. Der Fall fand eine verblüffende Erklärung: Die Goslarer Polizeibeamten des gesamten Goslarer Abschnitts hatten bei einer Dienstbesprechung nicht die geringste Lust gezeigt, den Gewerkschaftssekretär Bernd anzuhören, sondern waren zu einem anderen Vortrag gegangen.

Wir wissen, daß der hannoversche Polizei-Skandal bei den Beamten des Goslarer Abschnitts helle Empörung ausgelöst hat. Die Gewerkschaft Öffentliche Dienste braucht sich nicht sonderlich darüber aufzuregen, daß die Beamten in Goslar

und im Harzer Vorland ihr die kalte Schulter zeigen. Der Fall ist für die Landesregierung um so blamabler, als noch die Erregung in Goslar darüber nicht abgeklungen ist, daß z. B. ein hoher Polizeibeamter in Braunschweig, ungeschoren vom Beyerausschuß, sitzt, der nur auf Grund seines SPD-Parteibuches eine fabelhafte Karriere gemacht hat; 1945 im Mai noch Wachtmeister war, schon zwei Monate später als Oberleutnant der Polizei deutsche Wagen beschlagnahmte und dann nach Braunschweig in höhere Positionen verschwand

Man versteht also, daß der Braunschweiger Raum der SPD Sorge macht. Sie schiekt darum ihre guten Pferde in die Wahlversammlungen dieses Gebietes, um für die SPD-Landesregierung um gut Wetter zu bitten. Zuerst kamen die Splitterparteichen, ermutigt durch die von der SPD/BHE-Koalition verweigerte Sperrklause, in der Erwartung, eine im Zauber der Landschaft versponnene Bevölkerung vorzufinden. Sie stießen in ihren Dutzend-Männer-Versammlungen auf so viele Gegner, daß sie bis jetzt ihre weiteren Versuche, von dem SPD-Wahlgesetz zu profitieren, aufgegeben haben.

Dann kam Maria Meyer-Sevenich, süffisant die Versammlung der 70 anlächelnd und ihren Freund Kubel anpreisend. „Ganz entscheidend“ habe er den sozialen Wohnungsbau gefördert. Das Lächeln verging ihr aber, als sie nach dem Anteil des Bundes am niedersächsischen Wohnungsbau gefragt wurde. Der Fragesteller wurde bis zum Ende der Versammlung vertröstet. Dann sprach sie wie die weise Pythia auf dem delphischen Schwefelkessel: „Ein Drittel hat davon der Bund gegeben“. Wovon, das behielt sie im Gehege ihrer Zähne. Das Drittel war aber schon eine unverfrorene Unwahrheit; denn von 800 Millionen in den Jahren 1949 bis 1953 hat Niedersachsen gerade

den achten Teil gegeben, den ganz entscheidenden Anteil der Bund. Die echten Zahlen sind der SPD nämlich sehr unangenehm; denn mit ihnen wird erwiesen, daß die SPD sich mit fremden Federn schmückt, die ihr nun einzeln in diesem Wahlkampf ausgerissen werden.

So denkt sich die SPD den Wahlkampf.



Der **Anzug** mit
3-facher Garantie
für **129,- DM**

ALLEINVERKAUF

Sermann Vick
BRAUNSCHWEIG
Friedrich-Wilhelm-Straße

Zahlungserleichterung durch W.K.G.,
N.K.K., W.K.V. und Hausvertrag



„ich spare bei der...“



NORDDDEUTSCHEN BANK
AKTIENGESELLSCHAFT

in **BRAUNSCHWEIG**
Brabantstr. 10 Bohlweg 64/65

NIEDERLASSUNGEN IN DER NÄHEREN UMGEBUNG:
 Goslar, Fischemäkerstraße 13 Osterode, Bahnhofstraße 1
 Salzgitter-Bad, Schützenplatz 18 Salzgitter-Watenstedt, Hauptstraße 66
 Wolfenbüttel, Kommißstraße 3/4 Wolfsburg, Schachtweg 1

55 GESCHÄFTSSTELLEN IM NORDDDEUTSCHEN RAUM

SOENNECKEN

HANGO-ORGANISATION

Konfirmanden-Hemden
in großer Auswahl
Maco-Popeline
ab Größe 34
DM 7,95

Hans Sander
WASCHE-SPEZIAL-GESCHÄFT
FRIEDRICH-WILHELMSTR. 5

Für die Mutti
ein schönes Ostergeschenk
aus dem bewährten Fachgeschäft

PAUL ALTMANN
Braunschweig, Bohlweg 34/35, a. d. Steinwegkreuzung

Wilh. Roos
Tapeten-Linoleum-Teppiche
Braunschweig
Friedrich-Wilhelm-Straße 38

Polstersessel ab 27⁰⁰
Couches ab 120⁰⁰
Rauchtische ab 13⁸⁵
Teewagen ab 23⁶⁰
Blumenhocker ab 9⁷⁵
Nähkästen ab 5⁶⁰
Radiotische ab 16⁹⁰
Wäschetrohnen ab 19⁵⁰

Lieferung frei Haus

Endres
Braunschweig, Casparistr. 1

Ihre Ostereinkäufe
in ff. Aufschnitt und Wurstwaren

bei **STRUCK & WITTE**
G. M. B. H., BRAUNSCHWEIG

Ernst Günther
Uhrmachermeister

Braunschweig
Friedrich-Wilhelm-Straße 35 · Telefon 28070

Werbt für die
Niederdeutschen Stimmen

Teppich- und Gardinenhaus
Gustav Fischer

Kohlmarkt 19 Braunschweig Fernruf 26825

Große Auswahl in bewährten Qualitäten aller Preislagen